

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Krach im Schleicher-Kabinett

Neue Gegensätze zwischen Wirtschafts- und Ernährungsminister — Nazi für Margarine-Verteuerung

Im Schleicher-Kabinett ist die Differenz zwischen dem agrarischen und industriellen Flügel wieder in voller Schärfe aufgetreten. Der Kampf zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und dem nur die Junkerinteressen vertretenden Ernährungsminister v. Braun hat bekanntlich schon wesentlich zum Auseinanderfallen des Papenkabinetts beigetragen. Damals ging es um die Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte. Jetzt ist der Streit erneut ausgebrochen bei der Frage des Fett- und Butter-Beimischungszwanges der Margarine.

Herr v. Schleicher hat zwar in seiner bekannten Rundfunkrede sich gerühmt, daß es ihm gelungen sei, die Gegensätze zwischen Warmbold und v. Braun auszugleichen, er hätte das erreicht, indem er die beiden so lange „in ein Conclave gesperrt“ hätte, bis sie sich einig geworden wären. Aber offensichtlich haben sich die beiden Minister nur „geeinigt“, damit sie wieder aus ihren Isolierzellen herauskommen, um den Kampf erneut aufzunehmen. Tatsache ist jedenfalls, daß dem agrarischen Flügel von Schleicher fest versprochen war, die Notverordnung über den Margarine-Beimischungszwang künfte bestimmt noch vor Weihnachten heraus. Das „Weihnachtsgeschenk“ für die Agrarier ist aber ausgeblieben. Warmbold soll die Verhinderung der Notverordnung durch seine Rücktrittsandrohung erzwungen haben. Da Warmbold der einzige offizielle Vertreter des Industrie- und Handelskapitals im Schleicher-Kabinett ist, würde sein Rücktritt den offenen Kampf des industriellen Flügels gegen die Regierung und damit ihre Sprengung bedeuten.

### Dienotorische Arbeiterfeindlichkeit der Hitler-Partei

und ihre Liebedienerei gegenüber den Junkern zeigt sich darin, daß sie nicht nur ganz allgemein für die Verteuerung der Margarine ist, sondern ihr selbst die vom Reichsernährungsminister geplante Butter- und Fettbeimischung von 4 bis 5 Prozent zu niedrig ist. Die NSDAP protestiert im „Völkischen Beobachter“ gegen diesen „niedrigen“ Satz des vorgesehenen Beimischungszwanges, weil er nicht ausreichen würde, um die notwendige Butter- und Fettverteuerung herbeizuführen. Eine nette „Arbeiter-Partei“!

Die Nazis scheinen aber auch mit ihrer junkerfreundlichen Politik noch etwas ganz anderes zu erstreben, nämlich den erneuten Versuch, die

Regierungsbeteiligung der Nazis zu erzwingen. Nach der Schreibweise ihrer Presse vom 24./25. Dezember spekulieren die Nazis darauf, daß „das jetzige Schleicher-Kabinett schon gescheitert“ sei und daß Schleicher gezwungen wäre, Hitler wieder einmal zur Regierungsbeteiligung aufzufordern. Die nächsten Tage werden zeigen, ob diese Nazi-Spekulation reale Grundlagen hat.

Für die Arbeiterklasse beweisen die neuen Differenzen in der Regierung, daß die Kapitaldiktatur in sich sehr homogen ist, sondern daß unüberbrückbare Gegensätze vorhanden sind, die zwar von den beiden großen Flügeln der Bourgeoisie immer wieder zu verkleistern versucht werden. Für eine geschlossene Arbeiterklasse wäre hier ein äußerst günstiger Ansatzpunkt, um aktiv in die weitere Entwicklung einzugreifen, um schließlich zum allein bestimmenden Faktor zu werden.

Doch leider fehlt dafür zurzeit noch alle Voraussetzung. Die SPD und der ADGB treiben die Politik des Abwartens. Sie setzen ihre einzige Hoffnung auf den Wideraufstieg der kapitalistischen Wirtschaft. Die KPD schreit zwar „Revolution“, „Sowjet-Deutschland“, erweist sich aber als unfähig zur Auslösung einer entschlossenen Klassenaktion. Ihre Unfähigkeit beruht darin, daß sie mit ihren hilflosen, sich in Propaganda erschöpfenden Sonderaktionen nicht imstande ist, die großen, noch im reformistischen Lager stehenden Massen zu aktivieren und von der reformistischen Führung loszulösen. Diese Aufgabe muß aber erfüllt werden, das ist die Voraussetzung für ein aktives Eingreifen der Arbeiterklasse. Hier ist daher nach wie vor der Punkt, auf den die SAP alle ihre Kräfte konzentrieren muß.

### Gerekes Sofort-Programm ein Bluff

Die Differenzen im Schleicher-Kabinett scheinen auch die mehr als unzulänglichen Arbeitsbeschaffungspläne, ja selbst das so groß angekündigte „Sofort-Programm“ Gerekes

noch mehr als bisher in Frage zu stellen. Dr. Gereke, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, hatte bekanntlich auf dem kürzlich von ihm veranstalteten Presseempfang wie auch in seiner Rundfunkrede vom 23. Dezember die sofortige Bereitstellung von 500 Millionen Mark zur Arbeitsbeschaffung in Kommunen und öffentlichen Betrieben verkündet. Aus einer neueren Bekanntmachung Gerekes geht nun hervor, daß nicht 500, sondern zunächst nur 300 Millionen Mark von der Reichsbank bereitgestellt wurden. „Über die restlichen 200 Millionen Mark würde noch verhandelt.“

Das ganze Sofort-Programm Dr. Gerekes war nichts anderes als ein Bündel schöner Versprechungen, denen jede konkrete Angabe und Maßnahme fehlte. Jetzt stellt sich zu alledem noch heraus, daß selbst die Versprechung von 500 Millionen Mark ein Bluff war und daß zunächst nur 300 Millionen übrig bleiben. Es wird wohl nicht lange dauern, bis auch die Angaben über die 300 Millionen „auf einem Irrtum“ ruhen und von dem ganzen Plan nichts mehr übrig bleibt.

Aber „wir wollen abwarten“, sagt die ADGB-Führung!

## Nazi-Fememord

Dresden, 26. Dezember.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag ist in Dresden ein schon lange bekannter Fememord der SA-Bunditen endgültig aufgedeckt worden. Seit dem 4. November war der SA-Mann Hentzsch verschwunden. Wie üblich hatte zuerst die Nazi-Presse ein großes Geschrei über „Rotmord an einem SA-Mann“ erhoben. Bald wurde jedoch bekannt, daß es in der SA in Dresden zu schweren Differenzen gekommen war, die nach Landsknechtsart mit Dolch und Revolver ausgetragen wurden, wobei der Vermißte Hentzsch offensichtlich von seinen eigenen Kumpanen „gekillt“ worden war. Die linksstehende Presse war in der Lage, genauere Mitteilung zu machen. Die Polizei nahm auch einige Verhaftungen vor, ließ den Haupttäter dann aber, wie üblich, gleich wieder laufen. Er ist inzwischen selbstverständlich verschwunden. Den vermißten Hentzsch hatte man bisher vergebens gesucht.

Infolge des Rückgangs des Wasserstandes in der Talsperre Malter in der Nähe von Dresden fand man am 26. Dezember die Leiche des Vermißten. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß er durch einen Schuß in die Brust getötet wurde. Die Leiche war in Sackleinen genäht und mit großen Steinen beschwert.

Das sind die „Erneuerer“ Deutschlands!

### Nazi-Überfall auf Fichte-Sportler

Berlin, 27. Dezember.

CNB. (Eigene Meldung.) Auf einen mit 48 Angehörigen des Arbeitersportvereins „Fichte“ besetzten Lastkraftwagen, der sich auf der Rückfahrt von Eberswalde nach Braunschweig befand, wurden in der Nacht zum Dienstag in Zehlendorf aus der Dunkelheit mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Insassen sowie der Führer des Wagens erhielten Unterschenkelschüsse. Die Schützen sind entkommen.

### Nazi-Schießerei in Berlin

Am Sonnabend nacht gegen zwei Uhr kam es zwischen SS-Leuten, die Anhänger von Hitler sind, und SA-Leuten, die zu Gregor

Strasser halten, in dem Lokal „Zur Anhalter Klaus“ zu schweren Schlägereien. Ein am Kopf schwer verletzter Strasser-Mann lief auf die Straße und ersuchte einen zufällig des Weges kommenden Polizeihauptmann um Hilfe. Der Polizeihauptmann ging in das Lokal und versuchte vergeblich, die Streitenden auseinander zu bringen. Dabei zog der SS-Arzt Dr. Tröpner seine Pistole und schoß mehrere Male auf den Offizier. Dieser verteidigte sich mit seiner Dienstpistole und verletzte den SS-Arzt ziemlich schwer, der dann ins Krankenhaus abgefahren wurde. Mit Hilfe weiterer Polizeiverstärkung wurden die Nazis überwältigt. Man fand bei ihnen noch eine Reihe geladener Revolver.

### Die halbe Amnestie

Berlin, 25. Dezember.

WTB. Auf Grund der Amnestie sind in Preußen, wie das preußische Justizministerium mitteilt, bis zum Sonnabend, dem 24. Dezember, vormittags, über 4800 Gefangene aus der Haft entlassen worden.

Die Arbeiterschaft darf sich mit den bis jetzt von der Bourgeoisie gemachten Zugeständnissen in der Amnestiefrage keineswegs zufrieden geben. Noch immer schmachten Tausende proletarischer Kämpfer, unter ihnen Renn und Scheringer hinter den Mauern der deutschen Strafanstalten. Ihre Befreiung durchzusetzen muß weiter Ehrensache der ganzen Klasse sein.

### Andree Nin verhaftet Monarchistischer General freigelassen

Barcelona, 26. Dezember.

Auf Weisung der Madrider Behörden ist der kommunistische Schriftsteller Andree Nin, der ehemalige Sekretär Trotzki's, verhaftet worden.

Madrid, 26. Dezember.

Die Regierung hat die vorläufige Haftentlassung des Generals Berenguer angeordnet, der erkrankt ist.

Auch in Spanien wird von der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Regierung ein immer reaktionärer Kurs durchgeführt. Während man Revolutionäre verhaftet, werden monarchistische Generale freigelassen. Deutschland zeigt wo das endet.

## Ansätze zur Einheitsfront

Von unserem Pariser Korrespondenten)

Es ist die Taktik der herrschenden Klasse, immer nur Teile der Ausgebeuteten anzugreifen und eine Gruppe von Unterdrückten gegen die andere auszuspielen. Denn mit Teilwiderständen kann man leichter fertig werden, als mit dem Abwehrkampf des gesamten Proletariats. Zu dieser Taktik greift auch die französische Regierung. Indem sie durch die bourgeoise Presse Mißstimmung gegen die Beamten zu schaffen sucht, bereitet sie in ihrem Haushaltsplan eine Kürzung der Beamtengehälter von 2 bis 10 Prozent vor. Ist dieser Schlag gegen die Beamten gegliückt, wird es — der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen — an die Löhne der Arbeiter gehen, denen dann bald eine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützungen folgen würde. Vor allem aber glaubt die Reaktion, die tiefgehende politische und gewerkschaftliche Spaltung des französischen Proletariats wie schon so oft auch diesmal bei dem Generalangriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse ausnutzen zu können.

Man kann jetzt noch nicht abschätzen, ob der Regierung dieser Plan gelingen wird. Erkannt wird er auf allen Seiten. Die Beamtenorganisationen aller Richtungen sind, unterstützt durch die Sympathie aller arbeitenden Schichten, gewillt, den Anschlag der Regierung mit allen Mitteln, selbst mit dem Streik, abzuwehren. Und sie führen ihren Kampf mit guten Gründen: nicht sie sind verantwortlich für Krise und Defizit, folglich wollen sie auch nicht dafür büßen; die Senkung ihrer Gehälter ist kein Ausweg aus der Krise, wird vielmehr durch Schwächung der Massenkaufkraft die Krise verschärfen; Wege zur Ausbalancierung des Budgetdefizits sind energische Unterdrückung der Steuerhinterziehung (kürzlich erst ist ein Riesenskandal der Steuerunterschlagung aufgedeckt, in den hohe Militärs, Erzbischöfe, ehemalige Minister und andere „hohe“ kapitalistische Kreise verwickelt sind), intensivere Besteuerung der Besitzenden, wesentliche Herabminderung der Militär- und Rüstungsausgaben. Aus dieser für die Arbeiterklasse gefährlichen Situation ist unmittelbar die Erkenntnis entsprungen: not tut der Widerstand der ganzen Klasse, not tut die Einheitsfront aller Arbeitenden!

Die Lösung der Einheit und Einheitsfront (front unique) spielt in Frankreich — ähnlich wie in Deutschland — schon seit Jahren eine große Rolle, ohne daß sie aber bei Sozialdemokraten und Kommunisten über leere Deklamationen, über Manöver zur Verhinderung der die Einheit verlangenden Arbeiter hinausgekommen wäre. Der Anstoß dazu, daß die Frage der Klasseneinheit, deren Notwendigkeit die gegenwärtige Situation in aller Deutlichkeit aufzeigt, ernsthafter als bisher von allen Proletariatsparteien diskutiert wird und womöglich ein gutes Stück der Verwirklichung näher gebracht wird, ist von der PUP ausgegangen.

Die PUP (parti d'unité prolétarienne = Partei der proletarischen Einheit) ist aus der Verschmelzung zweier aus der kommunistischen Partei 1923 und 1929 ausgeschlossener Oppositionsgruppen hervorgegangen. Sie ist die einzige Partei in Frankreich, die mit Ernst und Leidenschaftlichkeit die kämpfende proletarische Klasseneinheit fordert. (Im Hintergrund steht dabei als letztes Ziel: das Proletariat auch organisatorisch auf der Grundlage eines revolutionären Klassenkampfprogrammes zusammenzufassen.) Daß das Proletariat die Bestrebungen der PUP mit großer Anteilnahme verfolgt und unterstützt, geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß die PUP im Parlament nur einen Vertreter weniger hat als die offiziellen Kommunisten.

Die PUP ergriff am 14. Oktober die Initiative und forderte die Sozialistische und Kommunistische Partei durch einen offenen Brief auf, Delegierte zu einer Einheitskonferenz (conférence d'unité) zu entsenden, wo endlich einmal über die Frage der proletarischen Einheit diskutiert werden sollte. Das genaue Protokoll dieser Konferenz sollte der gesamten Arbeiteröffentlichkeit vorgelegt werden. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten das Wort „Einheit“ dauernd im Munde gehabt, hier konnte sich erweisen, wie weit sie ehrlich praktische Folgerungen daraus zu ziehen bereit waren. Während die Sozialistische Partei am 29. Oktober ihre Bereit-



# Der Papst macht Politik

## Fromme Weihnachtswünsche vermögen keinen Hunger zu stillen

Rom, 24. Dezember.

WTB. Papst Pius XI. übermittelte von seinem Arbeitszimmer im Vatikan aus eine Weihnachtswunschbotschaft, die von fast allen europäischen Sendern übernommen und verbreitet wurde.

Einleitend ermahnte er vom Himmel für alle Bischöfe und Führer der Kirche die unerschöpfliche Hilfe Gottes bei der Regierung und Leitung der Kirche. Dann gab er seinem Schmerz und seinem tiefen Mitleid und Kummer über die schrecklichen Verfolgungen (2) Ausdruck, denen die katholische Kirche in Spanien, in Mexiko und Rußland ausgesetzt sei. Weiter kam er auf die großen Konflikte zu sprechen, die die Welt zersplittern, auf den Krieg und Bürgerkrieg, und unterstrich besonders die schlimmen Auswirkungen der Weltkrise, die leider als die größte Krise der Weltgeschichte weiterbesteht und die insbesondere die Armen und die Arbeiter so schwer bedrückt.

Papst Pius erbat vom Himmel die Erleuchtung für die Regierungen, auf daß soziale Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe die Lenker der Welt und die Völker führen mögen.

Hiermit gab der Papst eine weitere Botschaft bekannt.

Für das Jahr 1933, das Jahr, mit dem seit dem Tode Christi 19 Jahrhunderte verfloßen sind, hat der Papst ein Heiliges Jahr ausgerufen, damit die gesamte katholische Welt die Wohltaten eines Heiligen Jahres, eines Jahres des Gebets und der Sühne genießen

könne mit allen Vorteilen, die für das Seelenheil damit verbunden sind.

An „Weihnachtswunschbotschaften“ hat es dieses Jahr nicht gefehlt. Der Nachteil solcher schönen Bekenntnisse besteht nur darin, daß sie sich als unfähig erweisen, hungrige Mägen zu sättigen. Daß dies ein „Heiliges Jahr“ noch weniger zu tun in der Lage ist, liegt klar auf der Hand. Dasselbe kann von Frieden gesagt werden, der seit dem 19. Jahrhundert erfolglos den Tod jenes Jesus von Nazareth nirgends in der Welt beständige Einkehr hielt. Immer war die Kirche das Werkzeug der reaktionären Klassen. Sie selbst führt Krieg und segnet alle Kanonen und Gasbomben.

Charakteristisch für die diesjährige Botschaft des Papstes ist ferner der erneute scharfe Angriff gegen Sowjetrußland, Spanien und Mexiko wegen deren angeblichen Katholikenverfolgungen. Der Papst meint natürlich unter „Verfolgungen“ den in diesen Ländern, besonders aber in U.S.S.R., geführten ideologischen Kampf gegen die reaktionären volkverderbenden Ideen der Kirche und ihrer sehr materiellen, dem Volk gestohlenen Güter. Kein Wort aber wird in der päpstlichen Botschaft gegen die in der ganzen Welt von den kapitalistischen Regierungen vollführten grausamen Inquisitionsmethoden gegen revolutionäre Arbeiter gesagt. Die Kirche, und nicht nur die katholische, sondern die aller Konfessionen, muß eben ihrer Rolle als getreuer Diener der kapitalistischen Machthaber treu bleiben.

# Teuflische Brutalität

## Gummiknüppel als Winterhilfe

Plauen, 24. Dezember.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Am sogenannten „Heiligen Abend“ fanden sich die Wohlfahrtsvereinslosen Plauens auf dem Plauerer Wohlfahrtsamt ein, um ihre „Winterhilfe“ in Form der imposanten Summe von 3 Mark in Empfang zu nehmen. Am Donnerstag war bereits ein Teil der Erwerbslosen der Betrag ausgezahlt worden, der Rest sollte am „Heiligen Abend“ drankommen. Den Erschienenen wurde aber kalt und nüchtern mitgeteilt, daß es nichts mehr gäbe. Es ist erklärlich, daß die ausgehungerten Opfer der Wirtschaftskrise darauf nicht mit dem Gesang „Stille Nacht, heilige Nacht...“ antworteten, sondern verdutzt und ärgerlich fragten, wieso es komme, daß sie leer ausgehen. In den Gängen des Wohlfahrtsamtes aber standen bereits die Polizeibeamten mit den Gummirösten bereit und wer auf ihre Aufforderung hin sich nicht sogleich beschleunigt aus dem Staube machte, bekam unarmherzig den Radiergummi zu kosten. Ein Erwerbsloser wurde so geschlagen, daß sein Geschrei durchs ganze Rathaus dröhnte, eine Frau wurde brutal die Treppe hinabgestoßen. Weinende Frauen, Gekreisch, das Brüllen der Geschlagenen — das also war die „Winterhilfe“ des Plauerer Bürgertums an den Aermsten der Armen.

Wir sind gespannt, wie der sozialdemokratische Dezernent des Wohlfahrtsamtes, Diez, dieses Vorgehen gegen die Wohlfahrtsvereinslosen rechtfertigen wird.

Die deutsche Sprache hat keine Worte, um die vichische Bestialität dieses Vorgehens genügend zu kennzeichnen. Man vergewaltigt sich die Tatsache, daß die hungernden Arbeitslosen schon lange auf die paar Mark Unterstützung warteten, daß sie dann zur Abholung am „Heiligen“ Abend zum Wohlfahrtsamt hinbestellt wurden. Statt Unterstützung stellte man aber Gummiknüppel bereit und schlug die selbstverständlich höchst erregten Arbeitslosen blutig. Wahrlich, der hier Verantwortliche muß ein Teufel in Menschengestalt sein. Er verdient an die Wand gestellt zu werden.

# Kapitalistischer Wiederaufstieg

## Die einzige Hoffnung der Reformisten

Der in seiner Leitung ganz bürgerlich eingestellte Amerikanische Gewerkschaftsbund nimmt in seinem letzten Monatsbericht zur Wirtschaftslage Stellung und erklärt darin, daß der Tiefstand der Krise erreicht und der Wiederaufstieg nun vor allem von der Bereinigung der Schuldenfrage und der übrigen Weltwirtschaftsprobleme abhängt. Diese „Bereinigung“ stellt sich der Amerikanische Gewerkschaftsbund ganz offensichtlich mit rein kapitalistischen Mitteln vor, so wie das von bürgerlicher Seite von der Weltwirtschaftskonferenz erhofft wird.

Der „Vorwärts“ bringt diese Meldung völlig kommentarlos, er ist also mit einer solchen Haltung der amerikanischen Gewerkschaftsführer einverstanden.

# „Heul“-Hitler

Welch erbärmliche Heulanten die sich sonst so „unerschrocken und stark“ gebenden Naziführer sind, das geht aus einer Schulderung hervor, die Otto Strasser, der Bruder des von Hitler abgesägten Gregor Strasser, in seinem Organ „Die schwarze Front“ gibt. Demnach hat sich die in der Nazipresse als „große Huldigung für den Führer“ aufgemachte Reichstagsfraktionssitzung der NSDAP nach dem Krach mit Strasser folgendermaßen abgespielt:

„Nach kurzer, ‚gemutvoller‘ Ansprache Hitlers, der mit tränenerstickter Stimme immer wieder ausrief:

„Daß er nur das antun konnte! Gerade jetzt! Das halt! Ich nie für möglich gehalten!“

sank der gute Schauspieler „völlig gebrochen“ auf einen Stuhl — und weinte.

Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend, und die Tranen liefen ihm über die dicken Backen.

Daneben schluchzend Herr Brückner und — Krokodilstränen, seid gelobt — Dr. Goebbels mit weißem Taschentuch.

In zweiter Reihe Herr Bernhard Kuß, von einem Weinkrampf geschüttelt, und Herr Heines, wüste Drohungen gegen Strasser auslösend.

Im Hintergrund hörte man Streichers sonore Stimme:

„Der treulose Hund, der Strasser! Unserem Führer solches Leid zuzufügen.“

Und dazwischen drängte und schob sich die Schar der erstauften, empörten, verdatterten, ratlosen Mannen, von denen nur Reventlow mit seinem mokanten Gesicht und Kaufmann und Koch mit ihren roten Köpfen auffielen.“

Otto Strasser behauptet, 35 Zeugen aus der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion an der Hand zu haben, um sich die Richtigkeit seiner tränenerreichen Darstellung besätigen zu lassen.

Es muß rührend und zum Steinerweichen gewesen sein!

Wie wir hören, soll zu ständiger Erinnerung an diese heroische und historische Szene das „i“ im Hitlergruß in ein „u“ umgewandelt werden. Es heißt jetzt:

Heul Hitler!

# Angst

# und Kommunistenhetze

Die letzte Entwicklung in Deutschland, nicht zuletzt die abermalige Steigerung der Erwerbslosenziffer um eine viertel Million in der ersten Hälfte des Dezember, läßt das Bürgertum erkennen, auf welch vulkanischem Boden seine Herrschaft steht.

Der Literat Ernst Drahn bringt in großer Aufmachung im letzten Heft der „Süddeutschen Monatshefte“ unter dem Titel: „Bürgerkrieg droht!“ eine Reihe „boltschewistischer Umsturzpläne“ den staunenden Zeitgenossen zur Kenntnis. Er stellt im Einzelnen die Entwicklung des Marxismus in den Bürgerkrieg an Hand der marxistischen Literatur fest und kommt zu angeblich konkreten Enthüllungen über kommunistische Aufstandspläne, Aufmarschkampfsorganisationen, Kampfstrukturen, Aufmarschkarten und Angriffspläne, planmäßigen roten Terror und Bürgerkriegspropaganda im allgemeinen. Schon die äußere Aufmachung des Heftes kann einen guten Bürger gruselig machen. In flamend roten Letztern ist der Sondertitel „Bürgerkrieg droht!“ herausgehoben.

Anlaß der Herausgabe eines solchen Sonderheftes durch die „Süddeutschen Monatshefte“ ist, wie einleitend erklärt wird, das Anwachsen der kommunistischen Stimmen bei den letzten Wahlen. Die bewußte antimarxistische Propaganda wird jedoch von der Redaktion der „Süddeutschen Monatshefte“ nicht erst seit heute und gestern getrieben. Schon 1931 wurde z. B. ein Heft „Der Kampf gegen Gott“ herausgebracht. Im April d. Js. ein

Sonderheft über „Rote Kindererziehung“, worin besonders die Kinderfreundearbeit der SPD und die Kinderbewegung der KPD kritisiert wurde, und im Mai d. Js. ein Heft über „den Zusammenbruch der Ehe“, in welchem die Ursache des Zusammenbruchs in dem sogenannten Kulturbolschewismus erblickt wird.

Der Sinn dieser antimarxistischen Propaganda wird in dem vorliegenden Sonderheft „Bürgerkrieg droht!“ in der Einleitung wie folgt dargestellt:

Wir selbst haben den Tatsachen nichts weiter hinzuzufügen. Die Frage ist einfach die, ob wir uns noch dazu aufraffen können, dem Treiben der legalen und illegalen marxistischen Kampforganisationen, das zum schlimmsten Ende führen muß, endlich ein Ziel zu setzen, oder ob uns Partei- und Weltanschauungskämpfe auch weiterhin lieber sind.“

Das Ganze stellt eine Materialsammlung dar, die die Unterlagen für das Verbot der revolutionären Bewegung in Deutschland liefern soll.

Das Bürgertum bereitet den Angriff auf der ganzen Linie vor; an der Arbeiterklasse liegt es, die Symptome rechtzeitig zu erkennen und sich für die unvermeidliche außerparlamentarische Auseinandersetzung zu rüsten, durch die Arbeit an der Herausbildung der revolutionären Einheitsfront, als der wichtigsten Voraussetzung des Sieges der proletarischen Revolution!

Hegla.

# Auslands-Rundschau

London, 24. Dezember.

Der Dampfer „Lancastria“ ist heute mit einem Goldbetrage von über einer Million Pfund Sterling, der für die Amerikanische Staatsbank bestimmt ist, von Liverpool nach New York in See gegangen. Die Goldverschiffung erfolgt im Zusammenhang mit der Zahlung der fälligen britischen Kriegsschuldenrate.

Madrid, 24. Dezember.

Information berichtet aus Madrid, daß mit der Verabschiedung des Budgets das Parlament bis 1. Februar in die Ferien geht. Bis dahin wird die Regierung ein Programm vorbereiten.

Prag, 24. Dezember.

Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlage über das zweimonatige Budgetprovisorium, welches die Regierung ermächtigt, die Staatswirtschaft vom 1. Januar bis 28. Februar 1933 auf Grund des von ihr vorgelegten Finanzgesetzes und Staatsvoranschlags zu führen, sowie den Gesetzentwurf über die Einsetzung einer parlamentarischen Spar- und Kontrollkommission in beiden Lesungen angenommen.

Riga, 24. Dezember.

Die lettische Sacima nahm in dritter Lesung ein Gesetz an, wonach Abreibung strafbar ist, wenn die Geburt eines Kindes verhindert werden soll, das seine Mutter oder deren Familie in schwere materielle Notbringen würde.

Teheran, 24. Dezember.

Zwischen Afghanistan und dem Irak ist heute in der persischen Hauptstadt ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden.

Paris, 24. Dezember.

Die sozialistische Kammerfraktion hat sich heute mit großer Mehrheit für die Bewilligung des französischen 100-Millionen-Schilling-Anteils an der österreichischen Stützungsanleihe und für Bewilligung des von der Regierung geforderten Budgetzweifels ausgesprochen.

Paris, 24. Dezember.

Wie dem „Matin“ aus Cherbourg gemeldet wird, sind gestern an Bord des deutschen Dampfers „Albert Ballin“ 198 Kisten Gold im Werte von 127 Millionen Francs mit Bestimmung nach New York abgegangen.

Santiago, 24. Dezember.

Havas berichtet aus Santiago: Nach einer Meldung aus Lima hat die Ankündigung, daß Kolumbien eine militärische Expedition nach dem Chaco entsenden wolle, große Erregung ausgelöst. In offiziellen Kreisen hofft man, daß die brasilianische Regierung dieser Expedition den Durchzug durch ihr Gebiet nicht erlauben werde.

# Hunger-Demonstrationen auch in Frankreich

Paris, 25. Dezember.

Unter dem Ruf „Brot oder Arbeit“ versuchte eine größere Anzahl von Arbeitslosen gestern abend in verschiedene Nachlokale in Montmartre einzudringen. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und verhaftete 200 Personen.

schaft erkläre unter der Bedingung, daß alle ungerechten Politikern und großen Verleumdungen sofort eingestellt werden sollten, veröffentlichte die kommunistische „Humanität“ am 4. November eine Antwort, die ihrerseits die Einheit des Proletariats wird nicht verwirklicht durch die Vereinigung der revolutionären und reformistischen Organisationen.“ Und Marcel Cachin, der französische Thälmann, fügte einige Tage später hinzu, daß „die Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Führer“ dieses „Manöver“ durch „ihren Helfershelfer (comparse) haben vorschlagen lassen.“ In, am 29. November verlegt sich die „Humanität“ zu folgendem Satz: „Die größte Gefahr, die der kommunistischen Partei drohen kann, ist das Veressen der revolutionären Perspektive und die Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die populistischen Reagenten.“ Kaminterklugheit! Die Sozialistische Partei hat darauf in ganz Paris einen Anlauf eingeschlagen, in dem sie erklärt, daß sie zur Einheit bereit wäre, aber die Kommunisten sabotieren. Was, nebenbei gesagt, einen an deutsche Verhältnisse gewöhnten Sozialisten in diesem Anlauf auffällt, ist die Anständigkeit des Tones und die Ehrlichkeit, mit der die Initiative der PUP nunmehr anerkannt wird. Die Kommunisten aber liefern den Sozialdemokraten großzügige Argumente. Ein Musterbeispiel ultralinker Verarmtheit!

Dabei scheuen die großen Klassenkampfstrategen vor einigen Inkonsistenzen durchaus nicht zurück. Sie, die eben erst Verhandlungen zwischen den Organisationen abgelehnt hatten, luden die PUP und die Sozialistische Partei zu einer von ihnen für den 2. Dezember organisierten Versammlung ein und erklärten sich schließlich sogar damit einverstanden, die Versammlungsleitung paritätisch zu handhaben und jedem Redner jeder Organisation gleiche Redezeit zuzusichern. Allerdings erst etwa 24 Stunden vor Beginn der Versammlung, als es zu spät war.

Unter dem Druck ihrer Anhänger müssen sich die Kommunisten noch zu ganz anderen Dingen verstehen, die ihrer „prinzipiellen“ Haltung wenig entsprechen. Am 30. November hat Paris eine grandiose Einheitsfrontkundgebung zwischen den reformistischen und kommunistischen Gewerkschaften erlebt, die von der Arbeiterschaft mit Begeisterung aufgenommen wurde. Diese Kundgebung war von beiden Organisationen gemeinsam vorbereitet, gemeinsam geleitet, die Redner hatten gleiche Redezeit, vermieden Angriffe gegeneinander und stellten das Gemeinsame in den Vordergrund: Kampf gegen das kapitalistische System, Kampf gegen die reaktionären Pläne der Regierung. Die wichtigste verlaufene Veranstaltung schloß mit einer gemeinsamen Entschloßung, die mit dem Ruf endete: „Es lebe die kämpfende Einheit aller Arbeitenden!“

Es ist noch sehr vieles in der Schwebe. Viele große Hoffnungen und Hindernisse sind noch zu überwinden. Aber erste bescheidene Anfänge sind gemacht. Das Problem der Einheitsfront ist auf die Tagesordnung gestellt. Hoffen wir, daß die Anstrengungen unserer französischen Genossen bald von Erfolg begleitet sein mögen, damit dem französischen Proletariat vieles von dem Leidensweg ihrer deutschen Brüder erspart bleibe.

Wenige erst sind es in allen Ländern, die von den zahlenmäßig Großen verhöhnt und verachtet, auf den schwierigen Wegen zu einer neuen Einheit der Klasse, zu einer kämpfenden proletarischen Einheitsfront als Pioniere vorzustößen den Mut haben. Wer aber weiß, daß dieser Weg und nur dieser Weg zum Ziel, zur Ueberwindung der Schwäche und Ohnmacht des Proletariats führt, der wird und muß den Mut haben, falls er den Ehrennamen Revolutionär für sich beansprucht, eine Zeitlang in der Minderheit zu bleiben. Weil uns von der SAP das stolze Bewußtsein erfüllt, nicht nur für das deutsche, sondern für das internationale Proletariat auf Vorposten zu stehen, darum halten wir treu und unerschütterlich zu unseren Fahnen.

# „Friede auf Erden“ mit Gasbomben

Santiago de Chile, 24. Dezember.

(Havas). In einer Meldung aus La Paz teilt der bolivianische Generalstab mit, daß bolivianische Flugzeuge die Stadt Bahia Negra erfolgreich mit Bomben belegt haben.

# Neue Kämpfe im Gran Chaco

Paris, 27. Dezember.

WTB. Nach einer Meldung aus Asuncion haben sofort nach Beendigung des 24stündigen Weihnachtswaffenstillstandes zwischen Bolivien und Paraguay die Kämpfe wieder eingesetzt. In der Gegend von Corrales wird ein Generalangriff der bolivianischen Streitkräfte erwartet.

# Kerkergruel in Horthy-Ungarn

Budapest, 25. Dezember.

Im Kommunistenprozeß gegen die Bergarbeiter aus der Umgegend von Salgo-Tarjan beantragte der Verteidiger die Beweisaufnahme über die Folterung der Angeklagten.

Am rechten Fuß des Angeklagten Kakuk fehlen alle Nägel, da sie ihm beim „Verhör“ abgeschlagen wurden.

Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab und ohne Beweisaufnahme über die Bestände verurteilte er die Hauptangeklagten zu je zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus, die anderen zu Kerker- und Gefängnisstrafen.



„O du fröhliche, o du selige . . .“

**Überfallkommando greift bei einer Weihnachtsfeier ein**

Breslau, 26. Dezember.

Am Heiligen Abend, kurz vor Mitternacht, erbeutete die Ehefrau Marta M. polizeilichen Schutz, da sich ihr Ehemann in seiner Wohnung in der Reuschestraße mit dem Arbeiter Hubert G. herumprügelte und Einrichtungsgegenstände zertrümmerte. Als zwei Polizeibeamte erschienen, nahmen die beiden Streitenden gegen sie eine drohende Haltung ein, löschten das Licht und griffen die beiden Beamten tätlich an. In seiner Notwehr gab ein Polizeibeamter in der Dunkelheit zwei Schüsse ab, die jedoch niemand verletzten. Das Überfallkommando war inzwischen von anderer Seite herbeigerufen worden und nahm sämtliche in der Wohnung anwesende Personen zur Polizeiwache. Ein Polizeibeamter mußte die Unfallstation aufsuchen, da er Verletzungen im Gesicht und an den Händen davongetragen hatte.

Gleich schiefen! Ein bißchen eilig hat es der Beamte gehabt, das muß man sagen!

**Eifersucht**

**ist eine Leidenschaft . . .**

Breslau, 26. Dezember.

In der Nacht zum ersten Feiertag kam es in der Leuthenstraße zu einer Schießerei. Der 21jährige Maurer Josef K. gab auf die 20jährige Hausangestellte Elisabeth F., die sich in Begleitung mehrerer Personen befand, drei Schüsse ab. Ein Schuß traf das Mädchen in die rechte Schulter, zwei Schüsse gingen in den linken Oberschenkel. Darauf richtete K. die Waffe gegen sich selbst. Ein abgegebener Schuß verfehlte jedoch sein Ziel. Der Täter wurde von Zivilpersonen festgehalten und später der Polizei übergeben. Er unterhielt, wie er angab, bis Mai dieses Jahres mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis, das dann jedoch durch das Mädchen gelöst wurde. Das Motiv zur Tat ist also offenbar in Eifersucht zu suchen. Das Mädchen ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt worden.

**Nebel**

**verursacht Verkehrsunfälle**

Breslau, 26. Dezember.

Am Heiligen Abend ereigneten sich in Breslau infolge dichten Nebels zwei Verkehrsunfälle. Auf der Pilsnitzer Straße fuhr ein städtischer Omnibus mit einem Anhänger an eine etwa 1/2 Meter hohe Grabenmauer. Der Omnibus hatte ein sehr geringes Tempo, so daß nur geringe Personenverletzungen entstanden sind. Drei Fahrgäste trugen geringfügige Verletzungen davon. Der Motorwagen wurde beschädigt und mußte abgeschleppt werden. — Auf der Grabschener Straße fuhr ein Straßenbahnzug der Linie 9 auf einen haltenden Straßenbahnzug der Linie 14 auf. Drei Personen wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend.

**Die Durchführung der Amnestie**

**Bisher in Schlesien 570 Häftlinge entlassen**

Breslau, 27. Dezember.

Am Sonnabendvormittag waren aus den schlesischen Strafanstalten 570 Gefangene entlassen worden. Die Entlassung von weiteren 89 Häftlingen steht bevor. Insgesamt stellen diese Entlassungen 14 Prozent der Belegschaft der schlesischen Strafanstalten dar. Es handelt sich überwiegend um politische Gefangene. Unter den Freigelassenen sind sieben Frauen aus der Anstalt in Jauer und dreizehn Festungsgefangene aus Groß Stritzlitz.

**Solidaritätsabend**

**der internationalen Hilfsvereinigung (IHV)**

Es war kein alltägliches Bild am Abend des 22. Dezembers: die zahlreichen uniformierten SSB-Genossen vor dem Eingange des Gewerkschaftshauses. Was war los? Solidaritätsabend der IHV! Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses war so überfüllt, daß mit der Masse der Erschienenen auch der grobe Saal fast voll gewesen wäre. Von 19 Uhr an ließ die Kapelle des SSB ihre Kampfweisen erschallen, im Gewerkschaftshause wohl auch nicht alltägliche Klänge! Vor dem Podium auf langer Tafel der Gabentisch für 30 proletarische Familien, vorwiegend für solche, die durch das Wüten der Klassenjustiz in Not geraten sind. Als die SSB-Kapelle kurz nach 20 Uhr das Podium räumte, sprach Genossin Thamm, die Bezirksvorsitzende der IHV, kurz über den Sinn dieses Abends. Nicht ein Machen in Wohltätigkeit ist der Zweck dieses Abends oder gar der IHV-Arbeit, auch nicht einmal die Sorge für den einzelnen proletarischen Gefangenen und seine Angehörigen, soviel Sorge und Kraft auch darauf verwendet wird. Erfreulicherweise konnte Genossin Thamm von einem so guten Ergebnis der Sammlungen an Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken, an denen sich die Genossen des SSB in besonders starkem Maße beteiligt haben, berichten, daß der IHV dieser Teil ihrer Arbeit sehr erleichtert wurde. Allen Beteiligten sprach die Genossin Thamm den Dank der IHV aus, besonders auch der Sozialistischen Arbeiterhilfe (SAH), die einen Teil ihres eigenen Sammelergebnisses gleichfalls für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hatte. Aber die einmalige Hilfeleistung in Form einer solchen Solidaritätsaktion darf unseren Blick nicht ablenken von der unverändert groß fortbestehenden Hauptaufgabe der IHV: der Aufrüttelung des Proletariats zum Kampf gegen die Klassenjustiz und — da diese nur ein Mittel des kapitalistischen Systems zur Unterdrückung des Proletariats ist — zum Kampf gegen das ganze kapitalistische System.

Dann aber gehörte das Podium auf zwei Stunden den Besten dieses Abends, dem Werbekollektiv der KPO, den „Roten Ruffern“. Es ist unmöglich, alle ihre Darbietungen im einzelnen zu besprechen: eine war immer besser als die andere. Alle führten uns in treffendster und beißendster Satire die ganze Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems, die ganze Verlogenheit seiner religiösen Bemäntelung, die uns im bürgerlichen Weihnachtsrummel besonders aufdringlich entgegentritt, vor Augen. Soll man einzelne der 20 Darbietungen besonders erwähnen? Am eindrucksvollsten, weil am aktuellsten, waren wohl die Weihnachts- und Winterhilfenummern wie „Advent“, „Morgen, Kinder, wird's was geben“, „Ball der Winterhilfe“, und besonders stark

in der Wirkung „Die bettelnde Hand“, an deren Stelle plötzlich die drohend geballte Faust des kämpfenden Proletariats stand — und „Der rote Stern“, der die fast 500 Anwesenden spontan zum Aufstehen und Mitsingen fortriß. Soll man einzelne der Mitwirkenden besonders erwähnen? Es widerspricht dem Geiste des Kollektivs, als das sie sich selbst bezeichnen. Trotzdem sei wenigstens auf die gewaltige Gedächtnisarbeit (neben der hervorragenden Art der Wiedergabe) z. B. des Genossen Kästchen — und auf die kaum zu überbietende Leistung der „Drei von der Jazzband“ hingewiesen. Mit dem „Solidaritätssong“ unterstrichen die „Roten Ruffern“ zum Schluß noch einmal den Zweck des Abends, der von allen Anwesenden mit dem spontanen Gesang der „Internationalen“ beendet wurde.

In einer Pause zwischen den Darbietungen war noch die folgende Entscheidung einstimmig angenommen worden:

„Die am 22. Dezember 1932 tagende Versammlung der Internationalen Hilfsvereinigung sendet allen proletarischen Genossen, die in den Gefängnissen und Zucht-

**Frieden**

**haben die Kirchen gepredigt. Aber mit blauen Bohnen**

haben sie die Erwerbslosen einbeschert. Macht Schluß mit der Heuchelei. Erklärt Euren Austritt aus der Kirche!

Austrittserklärungen können täglich im Zimmer 260 des Amtsgerichts abgegeben werden.

häusern schmachten, die brüderlichsten Grüße.

Die soeben verkündete Teilamnestie ist völlig unzureichend, da noch Tausende von Klassengenossen weiter in den Kerkern verbleiben müssen.

Über 400 Anwesende geloben, all ihre Kraft einzusetzen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Genosse befreit ist.

Die Versammelten protestierten außerdem auf das schärfste gegen das Todesurteil an dem Genossen Bartl, Chemnitz, und ebenso gegen die über den Genossen Seidel, Waldenburg, verhängte zehnjährige Zuchthausstrafe.

Gebt unseren Klassengenossen die Freiheit wieder! Heraus mit den politischen Gefangenen!

**Diphtherie-Epidemie**

Waldenburg, 26. Dezember.

Im Amtsbezirk Langwallersdorf ist ein starkes Auftreten der gefährlichen Kinderkrankheit zu beobachten. Bisher sind acht Erkrankungsfälle festgestellt worden, von denen einer tödlich verlief.

**Ein dreijähriges Kind zu Tode verbrüht**

Waldenburg, 26. Dezember.

Das dreijährige Kind Horst der Eheleute Grundmann in Fellhammer wurde, als ein Kochtopf mit heißem Inhalt umstürzte, derartig am Kopfe verbrüht, daß es an den Folgen der Brandwunden kurze Zeit darauf verstarb.

**Arbeiter im Steinbruch verunglückt**

Jauer, 26. Dezember.

Im Steinbruch der Ver. Schles. Granitwerke in Kalthaus fiel dem Arbeiter Peter Lisorski ein 15 Zentner schwerer Stein auf den linken

Fuß und zerschmetterte diesen vollständig. Es dauerte geraume Zeit, ehe der Verunglückte aus seiner qualvollen Lage befreit und ins Krankenhaus geschafft werden konnte.

**Das Schicksal von Proletenkindern**

**mußten eingeschlossen zu Hause bleiben . . . und verunglückten**

Guhrau, 25. Dezember.

Als die Frau des Dominalarbeiters Wehgang in Austen von der Arbeit heimkam, fand sie ihre drei kleinen Kinder, die sie während ihrer Abwesenheit in der Wohnung eingeschlossen hatte, bewußtlos vor dem Ofen liegend auf. Die Kinder haben wahrscheinlich vor dem Ofen gespielt und sind durch den von herausgetriebenen Kohlen entwickelten Rauch getäubt worden. Ein vierjähriges Mädchen, das auch erhebliche Brandwunden erlitten hatte, ist im Krankenhaus, wohin es sofort überführt wurde, gestorben; die beiden jüngeren Kinder sind schwer an Rauchvergiftung erkrankt, und eines von ihnen befindet sich noch in Lebensgefahr.

**„Religion ist Opium“**

Grobes Falschen herrschte unter den Bürgern und unter der gesamten Görlitzer „Christenheit“, denn gerade an dem Tage, an dem man doch das heilige Fest . . . und so weiter . . . pranglen an der Kreuzkirche und am Lutherdenkmal Inschriften mit roter Farbe wie „Rot Front wach! weg mit Bracht“, „Religion ist Opium“ usw.

Und so hatte man denn einen Grund, weidlich über die „Kommunisten“ schimpfen zu können.

Das Wulfsche Telegraphenburo meldet befriedigt, daß einer der „Täter“ nach in der Nacht verhaftet werden konnte. (Haleluja!)

**Aufklärung des Brandes des „Reichshofs“ in Leschwitz**

Görlitz, 27. Dezember.

Der Brand des „Reichshofs“ in Leschwitz bei Görlitz im August dieses Jahres, bei dem bekanntlich zwei Feuerwehrleute tödlich verunglückten, ist nunmehr aufgeklärt worden. Der am 20. Dezember unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung verhaftete Bierauschenker Schneider, der seit etwa zwanzig Jahren im Dienst des Besitzers der Gastwirtschaft „Reichshof“, Schönfeld, stand, hat heute im Görlitzer Amtsgerichtsgefängnis ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gibt an, den Brand im Auftrage seines Arbeitgebers angelegt zu haben. Der Plan zur Brandstiftung sei zwischen Schönfeld und ihm bereits dreiviertel Jahre vorher besprochen worden. Schneider, der über elektrotechnische Kenntnisse verfügte, hat im Einverständnis mit Schönfeld, der inzwischen ebenfalls in Haft genommen worden ist, vor dem Brande einen Kurzschluß in der Bauernstube des Gasthofes herbeigeführt, in der sich alles Gerummel befand. Das Motiv zur Brandstiftung ist nach dem Geständnis Schneiders in mitleidigen wirtschaftlichen Verhältnissen Schönfelds zu suchen. Schneider hat weiter gestanden, die Kolonnen, die vor einigen Jahren ebenfalls niederbrannten, auch in Brand gesteckt zu haben.

Wie wir weiter hören, muß die Versicherungsgesellschaft, bei der der „Reichshof“ versichert war, infolge der hypothekarischen Belastung der Gebäude und des Mobilars etwa 125 000 Mark auszahlen, während sie von der Zahlung eines Betrags von etwa 40 000 Mark nach Feststellung der Brandstiftung befreit ist.

**Ein Backofen explodiert Drei Schwerverletzte**

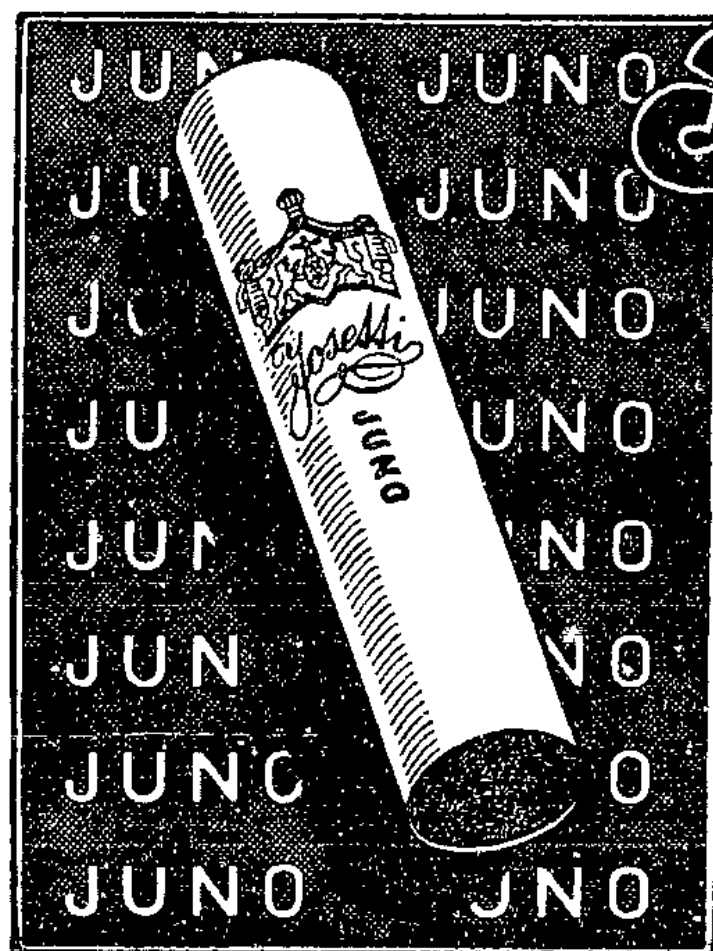
Brieg, 27. Dezember.

Wie erst jetzt bekannt wird, explodierte am Freitagabend in Brieg bei dem Bäckermeister Friedrich Wahsner der Dampfbackofen. Mit der einen Seitenwand des Backofens war eine Badestube verbunden. Im Augenblick der Explosion badeten darin gerade die Stütze des Bäckermeisters mit dessen zwölf- und achthährigen Kindern. Alle drei Personen trugen schwere Brandwunden davon; das jüngste Kind außerdem einen Schädelbruch; hier besteht Lebensgefahr. Die Untersuchung über die Ursache der Explosion ist noch nicht beendet.

**Explosion von Hausöfen Drei Schwerverletzte**

Gleiwitz, 27. Dezember.

Am ersten Feiertag explodierten in Waldenau in der Wohnung des Fabrikarbeiters Peter Elias sowohl in der Küche wie in der Wohnstube die Öfen. Die Explosion ist wahrscheinlich auf die Entwicklung von Kohlendioxid zurückzuführen. Drei in der Wohnstube befindliche Personen wurden dabei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Möbeleinrichtung wurde vollständig vernichtet. Die Ermittlungen über die Ursache der Explosion sind noch nicht vollständig abgeschlossen.



**Juno-Raucher sind treu,**

weil sie in dieser Cigarette stets ihre berechtigten Ansprüche auf Qualität, Frische und Format erfüllt sehen.

Das ist höher zu bewerten als Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien, die

**JUNO**

ausschließen muß, um ihre anerkannte Güte zu wahren.

So besteht eine Verbundenheit des Rauchers mit seiner Juno!





# Drei Betriebsratswahlen - drei Niederlagen der RGO

# Aus Sachsen

Auf der Schachtanlage „De Wendel“ in Herrlingen bei Hamm i. W. fanden vor wenigen Tagen Betriebsratswahlen statt. Seit der letzten Wahl ist die Belegschaft um 1100 Bergarbeiter zurückgegangen, in den letzten Wochen wurden aber 200 Bergleute wieder neu eingestellt. Die jetzige Wahl hatte folgendes Ergebnis:

BAV (freigew.)	547 (819)	5 Sitze
RGO (Einheitsabv.)	532 (1096)	4 "
Christen	180 (252)	1 "
Gelbe	123 (164)	1 "
Nazis, NSBO	81	0 "

Gegenüber den 2331 gültigen Stimmen bei der letzten Wahl -- Zahlen in Klammern -- wurden in diesem Jahre 1463 gültige Stimmen abgegeben, das ist also ein Rückgang um 33%. Der Verlust der RGO von 1096 auf 532 beträgt 52%, der des Bergbauindustrieverbandes von 819 auf 547 dagegen 33%. Während sich der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband im Vergleich zum Gesamtrückgang der Belegschaft mit 33% gehalten hat, haben die Kommunisten einen Verlust von 19%. Von Bedeutung ist weiter, daß die Nationalsozialisten trotz ihres ersten Auftretens sofort 81 Stimmen für sich erobern konnten.

Die Katastrophe des kommunistischen Zusammenbruchs erhellt jedoch erst die Tatsache, daß die Zeche „De Wendel“ früher eine Hochburg der KPD gewesen ist. Als Betriebsratsvorsitzender war hier jahrelang der jetzige kommunistische Reichstagsabgeordnete und Leiter des „Roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands“, Albert Funk, tätig. So lange die Kommunisten innerhalb des alten Bergarbeiterverbandes gewissenhaft arbeiteten, und eine sachliche Opposition führten, war „De Wendel“ eine uneinnehmbare Festung des kommunistischen Einflusses. Kurz nach der Spaltung des alten Bergarbeiterverbandes in Herrlingen gelang es den Kommunisten bei der Betriebsratswahl im Jahre 1929 noch, das 10-fache an Stimmen gegenüber dem BAV zu erreichen. Sie besetzten nach dieser Wahl den Betriebsausschuß nur durch Kommunisten, da kein einziger der anderen Verbände prozentual so viel Stimmen bekommen hatte, die eine Vertretung im Betriebsausschuß zuließ. Auch im Jahre 1930 hielten sie ihren dominierenden Einfluß aufrecht. Um so katastrophaler ist also die heutige Niederlage.

Sie ist aber keineswegs eine Ausnahme oder Einzelerscheinung, vielmehr haben die in den letzten Wochen uns bekannt gewordenen Betriebsratswahlen überall die gleiche Tendenz erkennen lassen. So hatten die vor kurzem stattgefundenen Wahlen auf der Nachbarzeche „Westfalen“, wo die Belegschaft gegenüber 1931 von 2121 auf 1767 zurückging, folgendes Ergebnis:

	1932	1931	Mandate
RGO (revolutionäre Einheitsliste)	809	1094	5
BAV (freigewerksch.)	322	306	2
Christen	331	413	2
Nazi	134	73	1

Bei einem Belegschaftsrückgang von 354 Arbeitern betrug der Verlust der RGO 285 Stimmen.

Die Betriebsratswahlen auf der Grube „Maria“ bei Aachen, die vor etwa 4 Wochen stattfanden, liefen folgendermaßen aus:

	1932	1931	1930
RGO	692	912	1288
BAV	391	350	425
Christen	996	774	790
Nazi	218	248	—

Während hier der Belegschaftsrückgang nur 113 Mann beträgt, ist der Stimmenverlust der Kommunisten mit 220 Stimmen weit höher. Den freien Gewerkschaften gelang es sogar 41 Stimmen aufzuholen.

Diese drei Wahlergebnisse geben der Arbeiterschaft eine eindeutige Lehre. Der Wert einer revolutionären Partei darf nicht nach der Zahl ihrer Parlamentsmandate beurteilt werden. Wenn die Worte Lenins „Jeder Betrieb eine kommunistische Burg“, je eine Bedeutung gehabt haben, dann gerade heute, wo der Niedergang des Kapitalismus in Deutschland zur Entscheidung drängt.

Die Ergebnisse der drei Betriebsratswahlen sind ein offensichtlicher Beweis für das Versagen der kommunistischen RGO-Politik, die von den Betriebsarbeitern mit ständigen Absagen quittiert wird. Es muß der Arbeiterschaft immer wieder gesagt werden, daß eine solche Politik -- selbstverständlich ungewollt -- in der Praxis konterrevolutionäre Wirkungen hat, wie der ständige Stimmenrückgang der RGO und das Eindringen der Nazis sowie das Anwachsen der Gelben zeigt.

E. Heyen.

## Mylau i. O.

Die Stadtverordneten stimmten einem Beschluß des Wasserrausschusses zu, nach welchem bei Ermäßigung des Wasserzinses auf 5 RM Grundgebühr, für Müllabfuhr ein Mindestsatz von 1 RM berechnet wird. Dem Einbau von zwei Notwohnungen in der Arztschen Fabrik mit einem Kostenaufwand von 150 und 388 RM wird zugestimmt. Für Schulumlagen mußten 300 für den Schleusenbau an der Lohse 920 RM nachbewilligt werden, da man beim Bau auf felsiges Gelände stieß, so daß sich Sprengungen nötig machten. Süß (KPD) stimmte in beiden Fällen gegen die Nachbewilligung -- aus Prinzip. Ebenso stimmte er gegen die Uebernahme der Trügerschaft für die Straßenbauarbeiten an der Göltzsch- und Stoppachstraße, die mit Hilfe des Arbeitsbeschaffungsprogramms -- also mit 70 Prozent Reichsmitteln -- durchgeführt werden sollen.

Den wichtigsten Punkt bildete ein Gesuch der Erwerbslosen um Unterstützungsmaßnahmen und der Antrag des Wohlfahrtsausschusses, für diese Zwecke 1800 RM aus vorhandenen Mitteln für Kohlenbeschaffung, und 6000 RM aus haushaltplanmäßigen Mitteln für Sonderunterstützungen bereitzustellen. Der Antrag betreffend Kohlenbeschaffung wurde einstimmig angenommen. Zur Bewilligung von 6000 RM entspann sich eine ausgiebige Debatte. Unsere Genossin Petzold begründete den Antrag ausführlich. Aus den Geldern, die die Stadt einspart, weil die ausgesteuerten Krisenunterstützten nicht der Wohlfahrtskasse zur Last fallen, sondern ein weiteres halbes Jahr aus der Krisenunterstützung erhalten, könne bereits ein Teil der 6000 RM genommen werden. Man könne den Rest aus Rücklagen vorläufig nehmen, die nach Eingang der vom Reich und Staat hierzu zur Verfügung zu stellenden Mitteln wieder zurückgezahlt werden könnten. Es müsse auch angängig sein, den Betrag aus den Mietzinserlösen zu nehmen, die hier aufgebracht würden, ohne daß die Stadt einen Nutzen davon hat. Die Hilflosigkeit der vorgesetzten Dienststellen sei so offensichtlich, daß die Gemeinden sich eben selbst helfen müßten. Süß wies auf den Produktionsüberschuß in Deutschland und das völlige Versagen des kapitalistischen Systems hin. Der Bürgermeister berief sich auf die Verordnung, die ihm gestatte, solche Beschlüsse nicht auszuführen, wenn die erforderlichen Mittel nicht vorhanden seien. Er wisse nicht, wo das Geld hernehmen. SPD-Stadtverordneter Hartsch erklärte, daß er für diesen Antrag stimmen werde, da der Landtag am Dienstag den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag auf Gewährung von Unterstützungen zu solchen Zwecken bestimmt annehmen werde. Der Antrag wurde mit 10 (SAP 5, KPD 1, SPD 2, Nazis 2) Stimmen gegen 4 Bürgerliche angenommen.

Jugendweihe 1933. Schon heute seien die Eltern der im nächsten Jahre aus der Schule Kommenden auf die rechtzeitige Anmeldung zur Jugendweihe aufmerksam gemacht. Man wolle sich deshalb mit unseren Genossen im Freidenkerverband in Verbindung setzen. Macht endlich einmal Schluss mit dem kirchlichen System und führt eure Kinder reslos der Jugendweihe zu!

## Plauen

Zusammenrücken! Das ist die Parole der SPD nach ihrer letzten Mitgliederversammlung, in der sich Eugen Frisch endlich mit einer gewundenen „Widerlegung“ der Angriffe gegen seine Chemnitzer Heidenlaten herauswagte. Das Zusammenrücken scheint nötig zu sein, Lücken genug sind vorhanden. Die „Widerlegung“ bewegte sich in denselben Bahnen, die wir schon einmal in der Volkszeitung unmittelbar nach der Stadtverordnetenwahl genießen durften, und wir würden sie Stück für Stück demaskieren und ihre Dürftigkeit enthüllen können, wenn wir in unserer Presse ausreichenden Raum zur Behandlung solcher lokaler „Arbeitervertreter“ zur Verfügung hätten oder wenn im 14. Jahre der „demokratischen Republik“ noch die Möglichkeit bestände, eine öffentliche Arbeiterversammlung durchzuführen. Immerhin werden wir keine Gelegenheit unversucht lassen, Eugens „Rechtfertigung“ durch verschiedene unangenehme Ergänzungen der Wahrheit näherzubringen. Natürlich sorgte Eugen dafür, daß rechtzeitig „aus der Mitte der Versammlung heraus“ (der Trick ist zwar älter als Frisch selbst, wirkt aber trotzdem noch) -- eine Entschliebung formuliert wurde, die ihm das einstimmige „Vertrauen der Parteigenossen“ ausspricht. Dieses Manöver war eine billere Notwendigkeit geworden; denn die Diskussionen über Eugens Qualitäten hatten innerhalb der politisch rein denkenden Kreise der SPD-Arbeiter bedrohliche Formen angenommen, und die Bemerkung eines namhaften SPD-Funktionärs: „Sehr viel kann er ja immer aushalten“, die sich auf Frischs „Führerposition nach diesen Enthüllungen bezog, spiegelt die Stimmung dort bedrohlich wieder. Nun hilft man sich mit der alten Waise: die „Flugblätter der Sapper werden als Lüge und Verleumdung aufs schärfste zurückgewiesen“, und damit sind „die Machenschaften der Spalter drastisch gekennzeichnet und für uns erledigt“. Huch, diese starken Worte, die so „drastisch“ die versteckte Angst vor einer Fortsetzung der unbequemen Diskussion verraten! Tut uns leid, wir haben noch einiges dazu zu sagen. -- Beachtlich ist noch die Tatsache, daß „Genosse Kolbe einige unrichtige Auslassungen des Gen. Böchel-Chemnitz (betr. Ausgang und Beurteilung des Berliner Verkehrsstreiks) richtig stellte“. Da Böchel als „linker“ Mann die Streikbruchrolle des ADGB ganz sachlich mit streifen mußte, wurde diese „Berichtigung“ Kolbes natürlich notwendig, um den aufgeregten Mitgliedern

klarzumachen, daß die Rolle des ADGB trotz Böchels Angriffen durchaus richtig war. Um die Beweise dafür beizubringen -- führte man einen Briefwechsel mit „den Spitzenkörperschaften der SPD und des ADGB“ ins Feld, und die Spitzen des ADGB bewiesen natürlich einstimmig, daß sie völlig richtig gehandelt haben. Damit geben sich die braven Mannen der Eisernen Front natürlich auch zufrieden, denn wenn der ADGB selbst sagt, daß er recht hat, dann muß man ihm doch glauben.

## Schönheide

Von der „Mutterpartei“. -- Der Pietät wegen wollen wir nicht allzu viel von den Taten der „Mutter“ berichten, weil wir uns ihrer schämen müssen, aber wir wollen ihr den einen guten Rat geben, bevor sie vom Sapperladen berichtet, lieber bei sich Umschau zu halten. -- Gewicht, wir müßten in der letzten Mitgliederversammlung, die von mehr als 60 Mitgliedern besucht war, den Beschluß fassen, den Gewerkschaftsangehörigen Genossen Fuchs auszuschließen. Wenn er als SAP-Genosse sich für die „Eiserne Front“ einsetzt und sogar Flugblätter derselben verteilt und noch vieles mehr, so ist es eine Selbstverständlichkeit, ihn auszuschließen. Wir wissen aber auch, daß die oberste Gewerkschaftsbonzokratie rücksichtslos absägt, wenn einer wo anders als in der alleinseligmachenden SPD organisiert ist, und das wird auch ein Grund sein, weshalb Genosse Fuchs die Fühler nach dort wieder ausstreckte. Weitere Ausschüsse haben wir nicht getätigt, lieber Schönheider Volksblattberichterstatte. Bitte genauer berichten lassen, bevor du über die SAP schreibst. Wer den Standpunkt des Genossen Fuchs teilt -- uns ist nicht ein einziges Mitglied bekannt -- der soll mit ihm gehen, wir können ihn nicht halten. Geht er nicht, dann müssen wir solche Genossen rücksichtslos entfernen. Freilich, so etwas gibt es in der „Mutterpartei“ nicht. Da kann man ruhig stiller, auch offener Nazianhänger sein oder in bürgerlichen Vereinen sich dicken tun, auch sonntäglich Stammgast der Kirche sein, die Hauptsache, du bezahlst deine Beiträge, dann bist du „volles“ Mitglied und wirst unter Umständen sogar in den Vorstand gewählt. In all diesen Sachen halten wir auf Reinheit, mit solchen Dingen beschmutzen wir uns nicht. Wir wissen, daß wir von all diesem befreit sind, und deshalb wird auch aus den weiteren Ausschüssen, auf die man sich so mächtig freut, nichts werden. Dem Ruf: „Kehrt zurück zur Mutterpartei“ wird niemand Folge leisten. Unsere Ortsgruppe, die auch heute noch organisatorisch die stärkste am Ort ist, steht. Alles Genossen, die fest und unerschütterlich, auf alle Konsequenzen hin, zur SAP stehen, ja selbst vor Maßregelungen, die man doch so gerne anwendet, nicht zurückschrecken. Anders, als wie das bei der hiesigen Ortsgruppe der SPD der Fall ist, wo 90 Prozent nur deshalb dabei sind, um ihre Arbeit in der GEG nicht einzubüßen. Wir kennen diese Methoden. Aber auch das wird nicht nützen. Ebensoviele die gehässige und schmutzige Schreibweise des „Volksblattes“. Mit diesen Mitteln wird die SAP nicht ausgerottet. Sie lebt und wird weiterleben, bis es uns gelungen ist, all das, woran heute das Proletariat krankt und deshalb kampfunfähig ist, auszumerzen. Ein schwerer heroischer Kampf. Mag man geringschätzend auf uns herabsehen, aber wir wissen, daß wir die Kraft besitzen, diese Aufgaben zu erfüllen.

## Wissen ist gefährlich Um das 8. Volksschuljahr

Die sozialdemokratische Fraktion des Württembergischen Landtages hat beim Staatsgerichtshof in Leipzig Klage eingereicht gegen die württembergische Regierung, die die Durchführung des achten Volksschuljahres in Württemberg verhindert. Seit jeher ist es das Bestreben der herrschenden Klasse und besonders auch der in Württemberg ausschlaggebenden Zentrumspartei, jede Verbesserung des Volksschulwesens zu unterbinden. Die jetzigen Maßnahmen der württembergischen Regierung stützen sich auf Notverordnungen des Reichspräsidenten vom August und Oktober 1931, in denen der Landesregierung die Ermächtigung gegeben wurde, zum Zweck der Herstellung des finanziellen Ausgleichs in den Haushalten des Staats und der Gemeinden vom geltenden Landesrecht abzuweichen.

Die Klage der sozialdemokratischen Fraktion macht demgegenüber geltend, daß Artikel 145 Abs. 1 der Reichsverfassung, der das achte Schuljahr vorschreibt, zwingendes Recht sei, das weder vom Reichspräsidenten noch von einer Länderregierung außer Kraft gesetzt werden könne. Außerdem überschreite die Anordnung des württembergischen Staatsministeriums die Ermächtigung des Reichspräsidenten, da sie schematisch die Verpflichtung zur Durchführung des achten Schuljahres für alle Gemeinden des Landes, in denen es bisher noch nicht besteht, aufhebt, also auch dort, wo seine Durchführung gar keine Mehrausgaben verursacht, den Ausgleich des Haushaltes also gar nicht gefährden könne.

Die staatsrechtlichen Argumente der sozialdemokratischen Klage sind ohne Zweifel stichhaltig. Ob der Staatsgerichtshof deshalb der Klage stattgeben wird, ist nach Lage der Dinge mehr als zweifelhaft. Es wäre richtiger und wichtiger, um diese Forderungen zu kämpfen.

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier“ Preis 50 Pf.

# Querschnitt aus Vorpommern

Die vorpommerschen Organisationen der SAP, wenn auch zahlenmäßig noch nicht besonders stark, haben sich gefestigt und machen Fortschritte, so daß die unermüdliche Arbeit Früchte trägt.

Die Greifswalder Reichsbannergruppe scheint die Zeit noch nicht begriffen zu haben, denn in ihrer letzten Versammlung brachte sie noch „begeisterte und kräftige Hochs“ auf die „Hindenburg-Schleicher-Republik“ aus. Genörg August würde sagen: „Ihr seid mir scheene Republikaner“, und er hätte Recht. Hier muß unsere unermüdliche persönliche Aufklärungsarbeit einsetzen, um die Genossen des Reichsbanners von der falschen Tätigkeit zu überzeugen. Sie müssen in die wirkliche Abwehrfront eingereicht werden. Darum her zu uns, ist die Parole. Durch die systematische Arbeit in den Gewerkschaften gewinnen wir bereits an Sympathie. Unser Gruppenvorsitzender Genosse Lindgrön hatte im Ortsausschuß des ADGB einen scharfen Zusammenstoß mit dem ADGB-Bezirkssekretär Zabel-Stettin, der MdL der SPD ist. Zabel entschlüpfte folgender Ausspruch, der recht bezeichnend für diese Reformisten ist:

„Ihr könnt soviel Beschlüsse fassen wie ihr wollt, sie werden nicht durchgeführt, wenn ich es nicht will!“

Im ZdA referierte der Gaukskretär Dr. Kucharski-Berlin über: „Erwerbslose und Erfolglose im Wohlfahrtsstaat“. Da die Genossen Michaelis und Fritz grundsätzliche Kritik an den ganz falschen Ausführungen übten, kam es zum Zusammenstoß mit dem Referenten, und derselbe drohte mit Ausschluss, weil unsere Genossen angeblich ganz „systematisch störend“ wirkten. Diese Androhung rief einige SPD-Kollegen auf den Plan, welche feststellten, daß ein Ausschluß gar nicht in Frage käme, da beide SAP-Genossen immer nur berechtigte Kritik in strengster Sachlichkeit geübt hätten und auch die aktivsten ZdA-Mitglieder seien. Dr. Kucharski war also abgeblitzt. Durch diese beiden Vorstöße ist die Sympathie für die SAP bei den Gewerkschaftsmitgliedern besonders gestiegen. Sie muß verstärkt werden, damit auch organisatorische Erfolge verbucht werden können.

Unsere grundsätzliche Einstellung zur positiven Gewerkschaftsarbeit wird auch besonders im Baugewerksbund anerkannt. Auch in der letzten Versammlung hatten unsere Genossen wieder Gelegenheit, sich scharf gegen die falsche RGO-Politik und die der Reformisten abzugrenzen und eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit aufzuzeigen. Es ist erklärlich, daß sie hier in ein Kreuzfeuer geraten, welches nur langsam überwinden werden kann. Ohne Ausdauer und mutiger Aufklärungsarbeit kann uns kein Erfolg blühen. Unsere gesunde Auffassung wird

auch hier Gemeingut aller klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder werden müssen.

Der Organisator des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Pommern, der hier bekannte Arbeitsamtsdirektor Voigt-Stettin, geht auf seinen eigenen Wunsch nach Halle. Voigt hat hier in der SPD eine große Rolle gespielt und gehört zu denjenigen, welche möglichst schnell nach oben wollten. Nun hat er infolge seiner Einstellung -- für ihn war die Anrede Genosse schon sehr unangenehm -- eine gute Karriere gemacht. Der Arbeitsdienst ist durch den sogenannten „Sozialen Dienst“ des ADGB hier durchgeführt und Voigt will sich nun in Halle in gleicher Weise betätigen. Die Hallesche Arbeiterschaft tut gut, diesem Reformisten berechtigtes Mißtrauen entgegenzubringen, denn er arbeitet im gleichen Fahrwasser wie Schleicher. -- Der „Soziale Dienst“ Unterbezirk Vorpommern (??), scheint sich auf recht lange Zeit einrichten zu wollen, denn sein Leiter, Lehrer Peters, legt Wert darauf, daß diese neue „Firma“ auch im neuen Adreßbuch aufgenommen wird. Dieser „Organisator“ wird die ihm nachlaufenden Arbeiter baldigst in die kommenden Wehrsportabteilungen eingliedern, denn das „kleinere Uebel“ ist bei diesem Streber die Hauptsache. --burg.

## Thüringer Elendslöhne

### 10 Pfennig-Stundenlöhne in der Schieferindustrie

Berlin, 24. Dezember.

WIB. Der Reichsarbeitsminister hat auf Antrag der Gewerkschaften die Schiedssprüche, die im Tarifstreit in der fränkisch-thüringischen Schiefertafel-Industrie am 15. November 1932 unter dem Vorsitz eines für diesen Streitfall bestellten Sonderschlichters gefällt worden sind, mit folgender Begründung für verbindlich erklärt:

Die in den Schiedssprüchen einheitlich für alle Betriebe festgesetzten Löhne für männliche Arbeitnehmer von 45 Pfg. in der Spitze, heruntergehend bis auf 16 Pfg. für die jugendlichen, und für weibliche Arbeitnehmer von 27 Pfg. in der Spitze, heruntergehend bis auf 10 Pfg. für die jugendlichen, stellen, auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen in der Schiefertafelindustrie eine Entlohnung dar, die nicht mehr unterschritten werden kann.

Die Unternehmer wollten nämlich noch weniger zahlen.

Kommentar überflüssig!



# Schweres Grubenunglück in Amerika — 52 Tote? Warum sind Sie arbeitslos?

in Amerika — 52 Tote?

Springfield (Illinois), 26. Dezember. (Reuter.) Wie erst jetzt gemeldet wird, hat sich in einer Zeche des kleinen Bergwerksstädtchens Mowaga am sogenannten „Heiligen Abend“ ein schweres Grubenunglück ereignet.

Die Anzahl der Opfer steht noch nicht fest. Durch eine Explosion wurden in einem 200 Meter unter Tage liegenden Stollen 54 Bergleute verschüttet. Man hofft, daß es gelingen wird, zu ihnen vorzudringen. Einige Tote konnten bereits geborgen werden.

## Riesenbrand in Barcelona Elektrischer Funke entzündet ein Warenhaus

Barcelona, 26. Dezember.

Ein gewaltiger Warenhausblock in der Ramblastraße ist am Heiligen Abend durch ein Großfeuer vollständig vernichtet worden. Von den sieben Gebäuden, die ein Raub der Flammen wurden, stehen nur noch die Fassaden in zwei Straßen. Bei den Löscharbeiten wurden sechs Personen verletzt.

Die Folgen der Katastrophe, die übrigens einem sonderbaren Zufall zugeschrieben wird, lassen sich heute noch gar nicht übersehen. Es heißt, daß der Schaden durch die Versicherungssumme nicht gedeckt ist und so nicht nur die 1400 Angestellten des Warenhauses, sondern auch etwa 8000 Lieferanten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Als Ursache des Brandes wird angenommen, daß ein Funke eines elektrisch betriebenen Spielzeuges, das in einem Schaufenster ausgestellt war, auf die leicht entzündbaren anderen Gegenstände der Fensterdekoration übersprang. Der Schaufensterbrand dürfte sich dann mit rasender Geschwindigkeit erweitert haben.

## Zwei Fabriken niedergebrannt

Berlin, 24. Dezember.

Nachdem erst gestern nacht die Polsterwollefabrik von Max Wolf in Reinickendorf-Ost vollständig niedergebrannt war, ohne daß es gelang, den eigentlichen Brandherd zu ermitteln, brach heute nacht in Reinickendorf-West in der früheren Tegeler Munitionsfabrik ebenfalls Feuer aus. Bereits beim Eintreffen der Feuerwehren war der Dachstuhl ein einziges Dammmeer und stürzte in sich zusammen. Trotz angestrengtester Arbeit der Löschmannschaften gelang es nicht, irgend etwas von den Einrichtungen und Vorläufen der Firma Hüdig, der das Gebäude jetzt gehört, zu retten. Auch in diesem Falle konnte die Brandursache nicht festgestellt werden.

## 7 Kinder verbrannt

Birmingham, 26. Dezember.

Bei einem nächtlichen Brande kamen sieben Kinder der gleichen Familie in den Flammen um. Die Eltern und das jüngste

Kind erlitten schwere Brandverletzungen und wurden in ein Krankenhaus übergeführt. Drei Feuerwehrleute wurden ebenfalls verletzt.

## Betriebsunfall bei der Barmer Bergbahn

Wuppertal, 24. Dezember.

Auf der Barmer Bergbahn ereignete sich heute früh ein schwerer Unfall. Vor dem Rathaus in Cronenberg fuhr ein Anhängerwagen beim Rangieren aufeinander. Fünf Personen wurden verletzt, davon eine schwer.

## und auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof

Chemnitz, 26. Dezember.

Auf der Strecke zwischen Hauptbahnhof und Bahnbetriebsgebäude rannten heute zwei leerfahrende Lokomotiven gegeneinander. Die vom Betriebsgebäude herkommende Maschine hatte vorschriftswidrig das letzte Stellwerk überfahren und geriet dadurch auf das Gleis der entgegenkommenden Maschine. Führer und Heizer der falsch fahrenden Maschine wurden dabei schwer und der Heizer der anderen Maschine leichter verletzt. Beide Lokomotiven wurden leicht beschädigt. Lebensgefahr besteht in keinem Fall.

## Auch eine Weihnachtsbilanz 311 tödliche Unfälle in USA

New York, 26. Dezember.

(Reuter.) Während des Weihnachtswochenendes haben in den Vereinigten Staaten 311 Personen infolge von Unfällen den Tod gefunden und 566 Verletzungen erlitten. Zum größten Teil handelt es sich um Opfer von Autounfällen, 11 Personen sind ertrunken, 8 wurden bei Eisenbahnunfällen getötet und 10 Personen kamen bei Bränden ums Leben. Eine aus fünf Personen bestehende Familie starb nach dem Genuß eines Kuchens, in dem versehentlich Insektenspulver eingebacken worden war.

## Neue Naphtha- und Radiumfunde in der UdSSR

Nachdem erst vor kurzer Zeit in Kasakstan in der Sowjetunion außerordentlich ergiebige Ölquellen in Betrieb genommen worden sind, wurden jetzt bei Tschusowo im Ural bei Bohrungen eine neue, besonders mächtige Quelle entdeckt. Nach den bisherigen Berechnungen fördert diese Ölquelle in einer halben Stunde mehr als 15 Tonnen Öl. In Wjergorsk, einem Dorfe im Ural, sind Sowjetingenieure bei Erduntersuchungen auf radiumhaltige Schichten gestoßen. Nach den bisherigen Versuchen dürfte es sich bei diesem Pechblendenager (aus Pechblende wird Radium gewonnen) um die ergiebigsten bisher bekannten Lager handeln. Mit Rücksicht auf den ungeheuren Wert wird noch in diesem Winter mit dem Abbau und der Verwertung der Pechblende begonnen werden. Gegenwärtig werden die Abbaumöglichkeiten sorgfältig untersucht, der Beginn der praktischen Ausbeute ist in allernächster Zeit zu erwarten.

Das fängt so an:

Warum sind Sie arbeitslos?  
Sie können monatlich  
500 Mark verdienen!

Du drehst und wendest die Zeitung, du liest einmal, zweimal, schließlich sagst du: „Ja, warum, warum denn nicht? Man soll es probieren!“ Und du steigst in einem Hause des Geschäftsviertels der Stadt die vier Treppen hinauf, findest ein Büro, darin eine Anzahl bildhübscher junger Mädchen, die alle quatschvergnügt sind, und du bekommst neuen Mut. Man befehlt dich: In der Tat: 500 Mark, ja mehr kannst du leicht verdienen, denn der Haushaltsapparat, den die Firma vertreibt, ist tausendfach bewährt, zu Hunderttausenden verkauft, und mit ein bißchen Fleiß und Geschick kannst du 12 am Tage unterbringen. Du lernst dein Sprüchlein auswendig, hörst alle Ratschläge des Werbeleiters gut an und eines Tages bist du draußen, steigst — ein Haus nach dem anderen — treppauf, treppab, läutest an jeder Tür, sprichst, wenn dir geöffnet wird, dein Sprüchlein runter, läßt dir hundertmal die Tür vor der Nase zuschlagen und kommst am Abend müde und verbittert heim. Nicht einen einzigen Apparat hast du verkaufen können!

Du bist eben kein Vertreter! Du verstehst den Laden nicht! Schau dir deinen Kollegen an! Der setzt ab und setzt um! Der hat den Bogen raus. Der weiß genau, wie man es macht, daß einem nicht die Tür vor der Nase zugeschlagen wird, der weiß genau, wann die Haushau allein anzutreffen ist, und er hat den Ton heraus, auf den sie hört. Er weiß, daß er gesiegt hat, wenn er erst einmal in der Stube drin ist, seinen Apparat vorführen kann und seinen Redewort über die Frau gleiten kann, bis sie eingewickelt, eingepackt, mirhe gemacht ist, bis sie den Wisch unterschreibt und die Anzahlung leistet, nur, um wieder allein in der Stube zu sein; nur, um das Essen nicht anbrennen zu lassen. Das sind nicht nur die jungen Frauen, die eben Verheirateten, die das machen, das sind auch alle, erfahrene Hausfrauen, die auf den Leim gehen!

Das kannst du nicht? Dazu bist du nicht dreist genug? So rücksichtslos kannst du nicht sein? Warte nur, du lernst es! Wenn du erst einmal 14 Tage, 3 Wochen herumgelaufen bist mit hungrigem Magen, mit zerfetzten Stiefeln, wenn dich die Verzweiflung gepackt hat, dann verstehst du genau wie dein Kollege den Fuß zwischen die Tür zu klemmen dann macht die Not deine Zunge beredt und du verkaufst Freilich tut der also Ueberredeten ihr Kauf leid, freilich möchte sie ihn eine Viertelstunde später schon rückgängig machen. Aber du hast deinen Schein in der Tasche und die Anzahlung. Du kannst lachen!

Lachen kann auch die Firma, für die du arbeitest, denn du bist nun ein tüchtiger Vertreter geworden. Es kümmert sie nicht, wie du deine Aufträge bekommst, nur Aufträge mußt du bringen und zwar recht viel Aufträge! Dich braucht es nicht zu kümmern, daß die arme Frau dann weinend kommt und sagt, daß sie den Apparat nicht bezahlen kann, daß sie sich hat überreden lassen. Daran muß sie vorher denken! Oder daß der Mann kommt und tobt, er sei arbeitslos, und seine Frau habe sich so ein Ding aufschwindeln lassen, das sie nicht braucht und er nicht bezahlen kann.

„Warum sind Sie arbeitslos?“ fragt der Herr Geschäftsführer mit leisem Lächeln, „wir können doch nichts dafür. Ihre Frau hat

unterschrieben und die Anzahlung geleistet. Nein, vom Vertrag können wir nicht zurücktreten, aber Sie können ja in Raten bezahlen — Auch das nicht? — Nun, dann tut es uns leid, dann müssen wir die Sache weitergeben. Aus dem Vertrag können wir sie auf keinen Fall entlassen!“

Und ein paar Tage später kommt der Brief von einem Rechtsanwalt, der davon lebt, und der Zahlung binnen drei Tagen verlangt, andernfalls Klage erhoben werden muß. Und nun rennt der Arbeitslose von Pontius zu Pilatus, tobt mit der Frau: es hilft ihm alles nichts, der Schein besteht zu Recht, er ist ein Vertrag — kein Tarifvertrag, der gebrochen werden darf — er muß eingehalten werden. Da heißt es, von den paar Pfennigen Stempelgeld Raten zahlen, wenn einem nicht der Schrank oder die Kommode gepfändet werden soll, wenn die Kosten nicht über den Kopf wachsen sollen! Und kein Teufel kümmert sich darum, wie der Vertrag zustande gekommen ist. Du aber kannst lachen, die Firma kann lachen, der Rechtsanwalt kann lachen: ihr verdient, verdient auf ehrliche Weise, gegen die kein Mensch etwas tun kann, euer Geld. K. M.

## Republikanischer Hofbericht über SM. Wilhelm II. Befinden

Doorn, 24. Dezember.

Das Wolf-Büro meldet:

„Die Weihnachtsfeier in Haus Doorn konnte heute nicht in der üblichen Weise unter persönlicher Teilnahme des ehemaligen Kaisers stattfinden. Der Kaiser ist von seiner Erkältung noch nicht genesen und leidet auch noch an rheumatischen Anfällen, so daß er sich noch in acht nehmen und weiterhin sein Zimmer hüten muß. Die Weihnachtsfeier für das Personal von Haus Doorn wurde daher heute nachmittag unter Leitung der Gemahlin des ehemaligen Kaisers abgehalten, die in der großen Halle den Angehörigen des Personals sowie den auf Haus Doorn stationierten holländischen Landjägern die für sie bestimmten Weihnachtsgeschenke überreichte. Der traditionelle Weihnachtsgottesdienst fiel diesmal wegen der Erkrankung des Kaisers aus. Auch von der Einladung von Gästen wurde Abstand genommen.“

Ja, ja, sie wittern Morgenluft. Warum soll man auch nicht. Die republikanischen Schranken krümmen ja bereits den Buckel.

## Der 4. Internationale Kongreß für neues Bauen in Moskau

Moskau, 26. Dezember.

Vom 1. bis 10. Juni 1933 findet auf Einladung der U. d. S. S. R. in Moskau der 4. Internationale Kongreß für neues Bauen statt (Sekretariat des Kongresses: Zürich 7, Dolderstr. 7), der das Thema „Die funktionelle Stadt“ behandelt und an dem 20 verschiedene Länder teilnehmen. Anschließend daran ist eine Rundreise geplant. Es ist Vorsorge getroffen, daß auch Nichtmitglieder teilnehmen können.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by 44) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Wjetrow kam plötzlich zu sich und sagte der Tschuschkina, sehr ruhig, als talle er einen Befehl aus (nur die heisere Stimme verriet seine Erregung):

„Heute, auf der Sitzung spreche ich selbst, Tschuschkina.“

„Geh nur, geh, mach dich nicht so patzig. Auch du wirst dich heut nicht so leicht aus der Patsche ziehen. Geh nur, geh.“

„Ich teile es dir nur mit. Ach du, Organisator. Was hast du aus dir gemacht, du dumme Kerl. Was?“

Luscha führte die Wjetrowa allein nach Hause, ich wagte es nicht, mich dieser Frau zu nähern, ich gestehe, ich hatte Angst. Ihre trüben Augen mit dem geheizten Ausdruck waren mir unheimlich: diese Augen verziehen nicht. Solche Augen haben Todfeinde, Fanatiker und Verbrecher.

### Eine stolze Persönlichkeit

Der Arzt Michal Michalysch kam und untersuchte Wjetrows Kind. Voller Wut trat er aus dem Wohnhaus, stieß mit dem Stock auf die Erde und schrie Wjetrow und die Tschuschkina an:

„Ich bin doch nicht euer Knecht, daß ich mich jeden Tag hiererschüttele. Wollt ihr das Kind in das Krankenhaus bringen, dann bitte. Wollt ihr's nicht, dann sterben eben alle Kinder aus. Ihr glaubt wohl, es ist ein Spaß, Bürger? Scharlach ist ein Tier, das allen erbarmungslos die Gurgel durchbeißt. Auch die Erwachsenen verschont es nicht. Kommune nennt sich das, und Isolierbaracken gibt's nicht. In allen Dörfern rennt ihr herum was, zum Teufel, habt ihr dort zu suchen? Die Epidemie rast wie ein Wirbel durch die

Dörfer und ihr habt nicht einmal an eine Impfung an eine Desinfektion gedacht. Wo ist da eure Kultur, über die ihr im ganzen Bezirk posaut? Seid so gnädig und fahrt sofort mit mir. Nehmt das Kind mit. Holt den Unterarzt, damit er hier mit dem Impfen beginne.“

Wjetrow war schon wieder kalt wie gewöhnlich, sachlich und ruhig. Seine Blicke, in denen die Eiszapfen blitzten, glitten über mich wie über eine Fremde und er sagte langsam, jedes Wort betonend:

„Die Isolierbaracke wird heute fertig sein. Die Apotheke ist schon eingerichtet. Bitte, schicken Sie eine Krankenschwester. Uebrigens haben wir für Sie und den Unterarzt Lebensmittelrationen festgelegt. Sie können sie bekommen.“

Der Arzt wurde krebsrot und fuchtelte mit dem Stock.

„Was, Sie glauben also, daß ich wegen der Lebensmittelrationen herkomme? Ich bin kein Bettler! Ich bin ein Arzt! Es ist meine Pflicht, mein Leben, meine Freiheit, meine persönliche Ruhe euch zu opfern. Habt ihr verstanden? Es ist meine Pflicht. Wie ein Esel muß ich diese Last mein ganzes Leben lang tagein, tagaus schleppen. Es ist meine Pflicht, meine Pflicht. Es ist meine Pflicht.“

Er spielte Komödie, wie ein Betrunkener, verhörnte sich und Wjetrow. Wjetrow aber blieb ruhig und schien starr und hartnäckig seinen eigenen Gedanken nachzugehen. Nur die Muskeln seines Gesichts spannten sich.

Die Tschuschkina streckte in ihrer gewohnten herausfordernden Art die Brust heraus, stemmte die Hände in die Hüften und drängte sich zu Michal Michalysch.

„Was machst du dich so patzig, mein Lieber? Warum fuchtelst du mit deinem Stock herum? Man kommt dir wie einem Menschen entgegen, und du benimmst dich wie ein Huliwan. Gib acht, du zerschlägst deine eigene Nase noch mit deinem Stock. Von mir aus: krepier, aber versteh die Sache, die du zu schaffen hast. Bei uns wird der Mensch nicht nach seiner Herkunft, sondern nach seiner Arbeit geachtet. Was reißt du dein Maul so auf!“

Michal Michalysch sah sie wütend an, schien erstaunt zu sein und verzog sein Gesicht zu einer komischen Grimasse. Er stieß

Wjetrow an die Schulter und fragte, nun schon ganz freundlich:

„Wer ist das? Ist sie hier Frauengeneral?“ „Ich bin keine Vogelscheuche, daß du mich hier verhöhnt. Ich bin freie Bürgerin. Antworte auf meine Hochachtung ebenfalls mit Hochachtung. Ich spucke in weitem Bogen auf deine Bildung, wenn sie niemandem was bringt.“

Ich trat zum Arzt, ohne ihn zu begrüßen, foßte ich ihn unter den Arm.

„Ich schäme mich für Sie, Michal Michalysch. Sie erniedrigen sich.“

Er wurde plötzlich ganz verwirrt und trippelte verlegen auf einem Fleck herum.

„Nun, nun, freie Bürger. Wollen wir uns nicht streiten. Alles ist in Ordnung, alles ist in Ordnung. Weiß der Teufel, man fühlt sich doch hier bei euch wie ein Mensch. Nehmt's mir Alten nicht übel. Jeder hat seine Schwächen. Ich schick euch heute noch einen Unterarzt und eine Krankenschwester. Laßt mich nur mit meinem Wagen abholen. Ich komme. Ich schaue nach. Vorläufig muß aber jemand hierbleiben. Scharlach ist gefährlich. sehr gefährlich. nun, Freunde, lebt wohl, alles Gute euch.“

„So ist's recht, mein Lieber. Ein Mensch fühlt sich doch dem anderen nah. Dazu sind uns doch die Augen geschenkt, daß wir den Menschen sehen.“

### Der gemeinschaftliche Speiseraum

Das Mittagessen ging vor sich wie gewöhnlich: die eng zusammengedrängten Menschen waren weder erregt, noch flüsterter sie miteinander, noch diskutierten sie. Man redete mehr über die neuen Dinge im Speiseraum. Ich als in der ersten Schicht, sah an einem Tisch mit Luscha und Grischanka, Bankin saß nebenan mit Rogatkin. Nur hier nahm Rogatkin die Pfeife aus dem Mund und versteckte sie in der Tasche, man merkte aber, daß er sich nicht wohl fühlte, daß sie ihm fehle. Er löffelte schweigend und hastig die Krautsuppe, spießte das Fleisch auf die Gabel und schien, mit sich selbst redend, nachdenklich in sich hinein zu lauschen, dabei nickte er und die fetten Haarsträhnen auf seiner Stirn bewegten sich hin und her. Unser Tisch war der letzte der mittleren Reihe und grenzte an die Küchenwand. Durch die große Wandöffnung sahen wir, wie die diensthabenden Frauen in

mitten von Dampfvolken sich um die Küchenherde, um die Tische, zwischen hochgestapelten Tellern drängten. Mädchen in grauen Kitteln liefen an uns mit Tellern voll Suppe und Fleisch, mit Gläsern voll Milch, Kaffee und Kakao vorbei. In dem wogenden Teig der behaarten Köpfe, in den dichten Reihen wirbelte ein Schlürfen, ein Schmatzen, ein Messer- und Gabelgeklirr: ein ganzes Freischorster. Der heiße, feuchte, Rotrüben- und Krautsuppengeruch, der Geruch des gebratenen Fleisches, der Duft des gebrannten Kaffees, all das vermischte sich mit dem Harzgeruch der frischen Bretter; heute waren die neuen Möbel im Speiseraum aufgestellt worden. Lange, schnee-weiße Tische und goldene Stuhlreihen. Auf den Wänden und Tischen blühten künstliche Blumen. Zum erstenmal saßen die Menschen in dem Speiseraum wie zu Hause: die Mäntel hingen auf Kleiderständern im Korridor. Alles atmete Gemütlichkeit und Festlichkeit. Luscha hielt vor dem Essen, erregt und glücklich, eine kleine Rede, und während sie sprach, wurde sie blaß und rot.

„Genossen, wir können uns selbst loben, wir können uns sehr loben. Wir sind wohl erzogen worden. Nun ist's auch an der Zeit, daß wir Sauberkeit einführen. Früher aßen wir aus einem gemeinsamen Teller, jetzt tun wir's nicht. Jetzt ekeln wir uns sogar davor. Und nun müssen wir uns unbedingt daran gewöhnen, vor dem Essen und nach dem Essen die Hände im Waschraum zu waschen. Wir kommen doch direkt von der Arbeit zum Essen. Einige von uns sind auch heute, nach alter Gewohnheit, mit schmutzigen Händen in den Speiseraum gekommen. Das ist nicht gut, Genossen. Einige Genossen-Kommunare sind sogar wütend geworden, als man sie zurück-schickte und haben die diensthabenden Mädchen ausgeschimpft. Das, Genossen, muß ganz bewußt aufhören. Die Sauberkeit in den Gesprächen haben wir streng durchgeführt, es gibt keine Schamlosigkeit mehr in unseren Worten. diese Schweinerei haben wir ein für allemal ausgemerzt. Die Hände mit Seife waschen, den Schmutz von den Stiefeln streifen, nicht auf den Boden spucken — das, Genossen, bedeutet ebenfalls Schweinereien ausmerzen. Vom heutigen Tag an soll hier alles streng, ordentlich und diszipliniert durchgeführt werden. Ich habe nichts mehr zu sagen, Genossen.“ (Fortsetzung folgt.)



# Papen - Schleicher - Hitler

Von Paul Frölich

## Warum ist die Bourgeoisie noch gegen den Faschismus?

Das Regime Schleicher mit seinen bonapartistischen Zügen entspricht den gegenwärtigen Bedürfnissen der Kapitalistenklasse. Warum aber wollen die kapitalistischen Gewalten heute den Faschismus nicht, warum legen sie ihm so starke Hemmnisse in den Weg? Das System Schleichers ist genötigt, ein Auskommen wenigstens mit der reformistischen Arbeiterbewegung zu suchen, weil seine Basis sonst zu schmal wird, und er sie braucht, um auch den Faschismus in den Schranken zu halten. Eine faschistische Herrschaft aber muß notwendigerweise zur Vernichtung aller selbständigen Arbeiterorganisationen, also zur Entmachtung der Arbeiterklasse führen. Damit wird den stärksten Angriffen auf die Löhne Raum geschaffen. Muß nicht die Kapitalistenklasse gierig nach einem solchen Herrschaftssystem greifen? Warum tut sie es nicht?

„Kapital flieht Tumult und Streit.“ Der Weg zur faschistischen Herrschaft ist ein Weg heftiger Kämpfe mit der Arbeiterklasse und damit tiefer Erschütterungen der Gesellschaft. Solange die Kapitalistenklasse ohne diese äußerste Provokation des Proletariats auskommen glaubt, wird sie sie zu vermeiden suchen. Sie ist stets geneigt, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Sie weiß auch sehr gut, daß das faschistische ein sehr kostspieliges System ist, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch was die Vergeudung der sozialen Kräfte des Kapitalismus angeht. Sie baut vor, sie schmiedet sich im Faschismus eine Waffe gegen das Proletariat, aber sie wird den Faschismus erst an die Macht lassen, wenn ihre eigenen Interessen keinen anderen Ausweg mehr zulassen oder die faschistische Bewegung aus eigener Kraft nach der Macht greift.

Aber es liegen noch bedeutsamere Hemmnisse vor.

Was ist eigentlich die Kapitalistenklasse? Ist sie eine bewußt und einheitlich wirkende Kraft? Nur in den seltenen Fällen, wo es gilt, den Kapitalismus selbst gegen den direkten Angriff der Revolution zu verteidigen. Sonst ist diese Klasse mehr als jede andere in Schichten mit widersprechenden Interessen gespalten. Je tiefer die Krise, um so heftiger prallen diese Interessen aufeinander, international wie auch im nationalen Rahmen. Wir wollen aus den verschiedenartigsten Konflikten, die sich da ergeben, nur den einen herausgreifen, der für die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland am wichtigsten ist:

## der Gegensatz zwischen dem Agrar- und dem Industriekapital

Die allgemeine Weltwirtschaftskrise wird kompliziert durch eine wütende Agrarkrise, die besonders für die deutsche Landwirtschaft verheerende Folgen hat. Dafür nur zwei Tatsachen als Illustration: Am 14. Dezember kostete der Weizen im Berliner Großhandel 190 Mark pro Tonne, Auslandsweizen im Hamburger Freihafen 75 Mark pro Tonne. Der deutsche Weizenpreis ist also mehr als das Zweieinhalbfache des Weltmarktpreises einschließlich der Seefracht. Im Oktober war der Großhandelspreis für Zucker in Hamburg im Durchschnitt 5,53 Mark pro Zentner, an der Magdeburger Zuckerbörse (einschl. Steuer und Sack) 31,28 Mark; also fast das Sechsfache des Weltmarktpreises. Getreide und Zucker sind die wichtigsten Produkte der großkapitalistischen Landwirtschaft. Aber das Agrarkapital kann selbst bei diesen schändlichen Wucherpreisen nicht existieren, es mußte ihm mit riesigen Subventionen unter die Arme gegriffen werden und es schreit auch jetzt noch nach neuen Schutzmaßnahmen. Wie kommt das?

Seit dem Kriege haben sich in der Landwirtschaft gewaltige technische Umwälzungen durchgesetzt. In gewissem Sinne kann man sagen, daß erst jetzt auf diesem Gebiet die technische Revolution begonnen hat, die typisch ist für den Kapitalismus in der Industrie. Die letzte Weltkonjunktur von 1924 bis 1928 hat von hier aus einen starken Anstoß erhalten. Riesengebiete wurden durch die planmäßige Zucht geeigneter Früchte besonders in Kanada der Behauptung mit Getreide erschlossen. Durch moderne Maschinen ist die Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft außerordentlich gesteigert, sind die Produktionskosten tief herabgesenkt worden. Die erste kostende Überproduktion, die die Farmer ruiniert und die Millionenmassen in der Welt zum Hunger zwingt, ist die Folge.

Die deutsche Großlandwirtschaft hat diese Entwicklung nicht mitmachen können, weil sie durch ein halbes Jahrhundert Schutzzollpolitik in ihrer technischen Entfaltung gehemmt und überschuldet war, der deutsche Boden stark ausgezehrt ist, die Besitzverhältnisse die Anwendung der modernen Maschinen nur in beschränktem Umfange zulassen, die Lotterwirtschaft der nimmersatten Junker, die vom Staat schmachtet, jedem Aufstieg im Wege steht und aus anderen Ursachen mehr. Durch die allgemeine Wirtschaftskrise ist die Agrarkrise bedeutend verschärft worden. Wenn auch ein neuer Aufstieg die Agrarkrise dämpfen mag, so wird er sie doch nicht überwinden. Die technische Revolution wird im Gegenteil in schäferem Tempo weitergehen, weil die Industrie in der Produktion landwirtschaftlicher Produktionsmittel eine Entlastung suchen wird. Es ist nicht abzusehen, wie auf die Dauer diese Agrarkrise begänigt werden soll. In ihr zeigt sich einer der furchtbarsten

Widersprüche, an denen das kapitalistische System zugrunde gehen muß. Für die deutsche kapitalistische Landwirtschaft, namentlich die Getreideproduktion, bedeutet dies ein Todesurteil.

Zölle in einer Höhe, wie sie vor dem Kriege nicht ausgedacht werden konnten, Osthilfe, andere Subventionen und faktische Prellerei, Kontingentierung der Einfuhr und andere Mittel sollen den offenen Zusammenbruch der Junkerwirtschaft aufhalten. Die Massen der Konsumenten müssen bluten, die Bauernschaft wird ruiniert, die Staatskassen werden ausgeplündert. Zugleich aber wird die Industrie in ihrer Lebenskraft getroffen. Je unheimlicher die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreisen wächst, um so mehr wird die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie getroffen. Wenn auch heute die deutschen Löhne tiefer gesunken sind als in den meisten kapitalistischen Ländern, so haben die ausländischen Kapitalisten schließlich dieselben Möglichkeiten, den Lohndruck durchzusetzen. In diesem edlen Wettstreit aber muß einmal die Grenze erreicht werden, wo die Senkung des Lebensstandards und der Kultur der Arbeiterklasse in die Senkung der Leistungsfähigkeit umschlägt. Die Kontingentierungspolitik aber fordert unmittelbar Kampfmaßnahmen der anderen Länder gegen die deutsche Ausfuhr hervor. Ein sehr großer und in der Krise verhältnismäßig wachsender Teil der industriellen Produktion ist für den Export bestimmt. Der Agrarschutz greift die industrielle Konkurrenzfähigkeit an der Wurzel an.

Das erzeugt den scharfen Kampf zwischen Industrie- und Agrarkapital, der sich hauptsächlich hinter den Kulissen abspielt, aber auch in dem Duell zwischen Warmbold und von Braun auf offener Bühne durchgeführt wurde. Die Regierung Papen ist letzten Endes an diesem Kampf verendet. Aber das ist nur ein Teil der Kämpfe, die zwischen all den verschiedenen Schichten der Kapitalistenklasse toben und die um so schärfer werden, je furchtbarer die Krise wütet.

Jede Schicht sucht sich aus dem Verhängnis zu retten, indem sie die andere niedertrampelt.

Die Interessenkämpfe werden beständig ausgefochten. Sie müssen ihre Lösung in immer neuen Kompromissen finden. In demokratischen Ländern ist das Parlament ein Boden, auf dem die Kräfte der einzelnen Schichten sich messen und danach die Kompromisse zustande gebracht werden. Fehlt das Parlament, dann ist die Einigung viel schwieriger. Die Gegensätze prallen heftiger aufeinander.

Solange die einzelnen Schichten hoffen dürfen, in diesem Kampfe besondere Vorteile zu erringen, ohne daß die Klasse selber in unmittelbare Lebensgefahr kommt, werden sie nicht auf die rücksichtslose Durchsetzung ihrer Interessen verzichten. Je mehr aber die ganze Klasse durch diese Selbstzerfleischung geschwächt wird, um so stärker muß sich der Wille durchsetzen, die Klasse zusammenzureißen, die widerstrebenden Kräfte zu bündeln

gen und den Kampf zu dämpfen. Die Kapitalistenklasse selber ist zu einer solchen Selbstbezwungung nicht befähigt. Sie braucht einen Herrn, der ihre einzelnen Glieder zwingt, sich dem Ganzen einzufügen. Das kann nur eine verschärfte Diktatur, die die Staatsmacht in hohem Maße von den Interessentengruppen frei macht und sie in gewissem Sinne auch über die Kapitalistenklasse erhebt.

Eine solche Diktatur ist der Faschismus. Zu seinem Wesen gehört es, daß er seine gesamte Politik in erster Linie leiten läßt vom Lebensinteresse des Staats. Der Staat ist die organisierte Macht der Kapitalistenklasse. Stärkung und Sicherung dieser Macht, höchste Konzentrierung dieser Machttrüffel durch die faschistische Diktatur, das ist das wirksamste Mittel zur Erhaltung der Existenz des kapitalistischen Systems. Faschistische Staatspolitik bedeutet also die Sicherung des dringendsten Gesamtinteresses der Kapitalistenklasse, des nackten Lebens. Sie bedeutet es auch und bedeutet es gerade, wenn sie um der staatlichen Interessen willen die gefährlichen Ausschreitungen der Gruppeninteressen eindämmt und die Kapitalistenklasse gewaltsam in eine Einheit hineinzwingt.

Heute glauben die entscheidenden Mächte in der kapitalistischen Gesellschaft eines solchen Herrn noch entbehren zu können.

Deshalb wird Hitler der Weg zur Macht verlegt. Verschmälert sich die Existenzmöglichkeit der verschiedenen Kapitalsschichten, wirkt sich die Krise verhängnisvoller aus, nimmt der innere Kampf lebensgefährdende Heftigkeit an, wächst die Drohung der Volksmassen und besonders der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System, dann wird der Widerstand gegen den Faschismus schrumpfen. Die Kapitalisten werden nach der Macht rufen, die sie vor dem Ansturm von unten und vor ihrer eigenen Zerfleischung retten soll. Natürlich ist die faschistische Bewegung in dieser Entwicklung nicht nur Objekt, sondern eine selbständige Kraft, die an der Gestaltung der Dinge wesentlich mitwirkt.

Ueber die Konsequenzen aus diesen Ueberlegungen ein andermal. Heute sei nur eins unterstrichen. Es ist nicht wahr, daß die Kapitalistenklasse in der heutigen Zeit besonders stark sei. Im Gegenteil, bereits die Diktatur beweist ihre Schwäche, denn nur eine Klasse, die relativ schwach ist, sieht sich genötigt, ihre Kräfte aufs äußerste zu konzentrieren. Der innere zersetzende Kampf innerhalb der Bourgeoisie schwächt sie noch mehr, und es wird nicht möglich sein, die miteinander verhedderten Kräfte mit einem Ruck zu entwirren und eine Front gegen den gemeinsamen Feind herzustellen. Das aber heißt, daß heute noch die Arbeiterklasse auf einen Feind stößt, der seine Phalanx nicht geschlossen hat. Die Zeit wartet nicht. Schon ein Regiment bonapartistischer Art führt zu einer Kraftkonzentration beim Feind. Es ist Zeit, vorzustoßen. Alles muß drangesetzt werden, den Kampfwillen und die Aktionen der Arbeiterklasse zu steigern.

## Zur Parteidebatte Beschlüsse der Parteiorganisationen

Die Erw. Bezirksvorstands-Sitzung des Bezirks Westfalen-Nord der SAP verurteilte das Vorgehen der Parteivorstandsmehrheit. Zwecks Bereinigung der Differenzen und um der Partei die Führung zu geben, weiche fest auf dem Boden der Prinzipienklärung steht, wurde die schnellste Einberufung eines außerordentlichen Parteitages gefordert.

In der Jahresversammlung der Ortsgruppe Saalfeld der SAP wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Von allen Mitgliedern der SAP muß verlangt werden die volle Anerkennung der Prinzipienklärung, um die ideologische Geschlossenheit der SAP herzustellen. Jede Tätigkeit, die unvereinbar mit der Prinzipienklärung ist, muß als Parteischädigung gewertet werden. Jede Fraktionsarbeit, die zersetzend wirkt, muß liquidiert werden. Wir betrachten die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht als dogmatische Ketzereien, sondern wir betrachten es als Pflicht eines jeden Genossen, auf bestehende Mängel und Fehler innerhalb der Organisation hinzuweisen. Ferner betrachten wir es als Recht eines jeden Genossen, dem Bestreben einer Verwässerung der Prinzipienklärung entgegenzutreten.“

Eine Funktionärsversammlung des SJV Breslau faßte folgende Beschlüsse:

„Das enge Kampfbündnis des SJV mit der SAP berechtigt und verpflichtet ihn, als deren Nachwuchs unbeschadet seiner organisatorischen und politischen Selbständigkeit Stellung zu nehmen zu den inneren Angelegenheiten der SAP. Die Prinzipienklärung der SAP ist die einzige mögliche Richtschnur für das Handeln der Parteigenossen. Die in ihr niedergelegten politischen und organisatorischen Grundsätze müssen in Theorie und Praxis eingehalten und weiter ausgebaut werden. Die ideologische Einheit der Partei muß auf dieser Basis hergestellt werden. Liquidatorische Tendenzen, gleichgültig aus welchen Gründen und mit welchen Zielen sie verfolgt werden, schädigen die Partei; sie müssen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.“

Aus der Ortsgruppe Greifswald, Pom., der SAP, geht uns ein Bericht zu, dessen wichtigste Sätze lauten:

„Die Ortsgruppe spricht nach wie vor den Genossen Seydewitz, Rosenfeld, Siemsen usw. ihr Vertrauen aus. Jedoch verlangt sie von ihnen klarere Führung, festes Zugreifen und mehr Entschlußkraft gegenüber fraktionellen Bestrebungen innerhalb der Partei, die nur hemmend gewirkt haben. Die Gruppe bejaht eine Prinzipiengeschlossenheit, doch darf diese Geschlossenheit nicht zu einer dogmatischen Fessel ausarten, die uns zu einer kommunistischen Sekte werden läßt, wie die KPO. Die Gruppe steht in unerschütterlicher Treue zur Partei und ruft allen Genossen im Reiche zu: räumt radikal auf mit den Hemmungen, die durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen hervorgerufen worden sind, legt die besten Kräfte in der Partei nicht lahm, sondern alle Kämpfer an die Kampffront zu doppelter Aktivität für die revolutionäre SAP.“

Eine ähnliche Stellungnahme wird aus der SAP-Ortsgruppe Straßburg gemeldet.

Der Bezirksparteitag der SAP Hessen und Hessen-Nassau in Frankfurt/M. nahm nach Referaten der Genossen Seydewitz und Walcher mit 30 gegen 14 Stimmen folgende Entschließung an:

„Der Bezirksparteitag stellt sich auf den Boden der Prinzipienklärung und fordert vom Reichsparteitag, daß die revolutionären Grundlagen der Prinzipienklärung in keiner Weise verändert werden. Die vorbehaltlose Anerkennung der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms muß in Zukunft Voraussetzung für die Funktionärsausübung in der SAP sein. Der Bezirksparteitag steht auf dem Standpunkt, daß die Art und Weise, wie die Parteivorstands-Mehrheit die Ausarbeitung der politischen Differenzen vom Zant gebrochen hat, aufs allerschärfste zurückgewiesen werden muß. Die Auffassung der Parteivorstands-Mehrheit, daß der zahlenmäßige Rückgang der Wählerstimmen die Schuld der ehemaligen KPO-Mitglieder sei, muß als unmarxistisch zurückgewiesen werden. Hierfür ist auch kein Beweis erbracht worden.“

## Irische Kampfzölle gegen England

Die irische Regierung hat eine neue Zollliste herausgegeben, die in erster Linie eine Erhöhung der irischen Kampfzölle gegen England zeigt. In gewissen Eisen- und Stahlwaren sind die bisherigen den englischen Waren gewährten Vorzugszölle auf den Bestand der vollen, auf ausländische Artikel erhobenen Zollsätze erhöht worden. In anderen Fällen, wie z. B. für Kraftwagen, ist der ausländische Zollsatz auf die Höhe des englischen herabgesetzt worden, so daß England keine Vorzugsbehandlung mehr genießt.

Der Einfuhrzoll für Schuhe und Stiefel aus dem Ausland ist von 37 1/2 Prozent auf 30 Prozent herabgesetzt und gegenüber England auf 30 Prozent erhöht worden. Gewisse Waren aus England und Nordirland erhalten allerdings Zollbefreiung, wie landwirtschaftliche Maschinen, Nähmaschinen, Druckereimaschinen, Fahrräder usw.

## Zollerhöhungen gegenüber Holland

Am 31. Dezember läuft der deutsch-holländische Handelsvertrag ab. Erst Anfang Januar sollen Verhandlungen über einen neuen Vertrag beginnen.

Die niederländische Regierung schlug der deutschen vor, bis zu den Neuregulungen die alten Vertragsbestimmungen bestehen zu lassen. Das wurde von deutscher Seite jedoch abgelehnt, damit schon ab 1. Januar Zollerhöhungen gegenüber den aus Holland eingeführten und gerade für die breiten Bevölkerungsmassen wichtigen Produkte (Käse, Butter, Gemüse usw.), durchgeführt werden können.

## Verlängerung der Butterkontingentierung

Haag, 24. Dezember. Die Regierung hat beschlossen, die Ende des Jahres ablaufende Kontingentierung der Buttereinfuhr um ein Jahr zu verlängern. Die Höhe der Kontingentierung bleibt unverändert.

## Massen-Angestellten-Kündigungen bei der IG in Ost-OS

Kattowitz, 24. Dezember. CNB. Ausgerechnet vor Weihnachten erhielten alle Angestellten der Interessengemeinschaft Kattowitz A.-G., Bismarckhütte und Vereinigte Königs- und Laurahütte — die Kündigung ihres Dienstverhältnisses zum 31. März nächsten Jahres zugestellt. Von dieser Maßnahme werden etwa 2000 Angestellte betroffen. Nach den Weihnachtsfeiertagen finden außerordentliche Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar über die Entlassung von Angestellten der Vereinigten Königs- und Laurahütte und der Myslowitzgrube zum 31. Dezember statt.

## Für die Kriegsbeschädigten Gehobene Fürsorge

Durch Erlass vom 24. Dezember hat der Reichsarbeitsminister auf Antrag des Reichverbandes deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen angeordnet, daß für die Krisenunterstützung von Personen, den nach den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge gehobene Fürsorge zusteht, nicht der Richtsatz der allgemeinen Fürsorge, sondern der der gehobenen Fürsorge, obere Grenze im Rahmen der Arbeitslosenversicherung, sein soll.

Der Erlass tritt mit Wirkung vom 9. Januar 1933 in Kraft.

## Brotgetreide als Bindemittel für Briketts

Essen, 24. Dezember. Hier wurde bekannt, daß seit einiger Zeit auf der Zeche „Heinrich“ bei Ueberruhr Versuche unternommen werden, bei der Herstellung von Briketts das sonst üblich zu Bindeszwecken verwandte Pech durch angeblich argentinischen Roggen zu ersetzen. Während der Arbeiter, der die Briketts herstellt, vielleicht kein Stück Brot in der Tasche hat, während Millionen hungern, unternehmen die Kapitalisten Versuche, Brotgetreide, das billiger ist als Pech, bei der Herstellung von Brennmaterial zu verwenden.

Der Kapitalist schiebt eben alle Gebote der Menschlichkeit beiseite, wenn es gilt, seinen Profit zu steigern.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, Inserate Herbert Scholz, Breslau, Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.  
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telefon 206 02.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebury, Breslau, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 107 02.  
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telefon 206 02.  
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife.  
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich.